

Wenn hiergegen keine Bedenken laut werden, dann möchte ich Ihnen schließlich noch vorschlagen, meine Herren, wie im verfloffenen Jahre, übermorgen, am Dienstag den 14. März keine Plenarsitzung zu halten, diesen Tag vielmehr für die Kommissionsarbeiten frei zu lassen. Die nächste Plenarsitzung würde dann am Mittwoch mittag 12 Uhr anzuberaumen und es würde — darum möchte ich bitten — mir zu überlassen sein, je nach den Kommissionsarbeiten, die wir ja noch nicht übersehen können, die Tagesordnung aufzustellen. (Zustimmung.)

Wenn Sie mit diesen Vorschlägen einverstanden sind — die übrigens den Vorgängen auf früheren Landtagen entsprechen — dann würde ich danach verfahren und würde mich für ermächtigt halten, ohne Ihre Mitwirkung die Tagesordnung für den Mittwoch festzustellen.

Die Tagesordnung für morgen haben Sie ja bereits genehmigt.

Meine Herren! Damit wären wir am Ende unserer Sitzung, und es wird nun die Verlosung in die 5 Abteilungen beginnen, der beizuwohnen niemand von Ihnen verpflichtet ist. (Weiterkeit.)

(Schluß 1 Uhr 10 Minuten.)

Zweite Sitzung

im Ständehause zu Düsseldorf am Montag, den 13. März 1905.

Beginn 12 Uhr 22 Minuten.

Tagesordnung:

1. Eingänge.
2. Bericht des Provinzialausschusses über die Ergebnisse der Provinzialverwaltung für das Rechnungsjahr 1903.
3. Vorbericht zu dem Haupt-Haushaltsplan der Provinzialverwaltung der Rheinprovinz sowie zu den zu demselben gehörenden Haushaltsplänen der einzelnen Verwaltungszweige und Anstalten und Haupt-Haushaltsplan der genannten Verwaltung sowie die zu demselben gehörenden Haushaltspläne der einzelnen Verwaltungszweige und Anstalten für das Rechnungsjahr vom 1. April 1905 bis 31. März 1906.
4. Bericht des Provinzialausschusses, betreffend den Vermögensstand des Rheinischen Provinzialverbandes.
5. Entscheidung über die geschäftliche Behandlung der eingegangenen Vorlagen.

Vorsitzender Becker: Ich eröffne die Sitzung.

Das Protokoll über die Plenarsitzung vom 12. d. M. liegt auf dem Tische des Hauses offen.

Als Schriftführer für die heutige Sitzung werden die Herren Abgeordneten Schrafkamp und von Grootte funktionieren.

An Eingängen sind folgende zu verzeichnen:

Auf das mit Ihrer Zustimmung an Se. Exzellenz den Herrn Ober-Präsidenten abgegangene Telegramm ist gestern Nachmittag folgende Antwort eingegangen:

„Die mir durch Ew. Hochwohlgeboren übermittelten gütigen Wünsche des Provinziallandtages haben mich hoch erfreut. Wenn ich auch meine Vertretung in guten Händen weiß, so bedaure ich doch lebhaft, den Verhandlungen fern bleiben und damit auf die mir besonders wertvolle persönliche Begegnung mit den Mitgliedern des Landtages verzichten zu müssen. Gottlob schreitet meine Besserung fort, so daß ich zuversichtlich hoffen darf, bald wieder ganz der Arbeit mich widmen zu können. (Lebhafter Beifall.)

Mögen auch die heute begonnenen Beratungen unter Ihrer bewährten Leitung für unsere liebe Heimatprovinz reichsten Segen zeitigen.

Rasse, Ober-Präsident.“

(Lebhafter Beifall.)

Desgleichen hat Seine Durchlaucht der Fürst zu Wied auf die gestrige Depesche wie folgt geantwortet:

„Danke Ihnen und den Mitgliedern des Provinziallandtages bestens für die mich sehr erfreuenden guten Wünsche. Fürst Wied.“

Der Herr Stellvertreter des Königlichen Landtagskommissarius hat mir mitgeteilt, daß er den Kgl. Regierungsrat Dr. Schulz am Ober-Präsidium der Rheinprovinz als seinen Kommissarius zu den Sitzungen des Provinziallandtages und der von diesem zur Vorbereitung seiner Beschlüsse gewählten Kommissionen anmelde.

Die Direktion der Gesellschaft „Verein“ beehrt sich, die Mitglieder des Provinziallandtages zum Besuche der Gesellschaft einzuladen.

Eben ist noch eingegangen eine Eingabe einer Reihe von Kommunalförstern, welche darum bitten, daß der Provinziallandtag dahin wirken möge, daß ihre Einkommensverhältnisse gesetzlich geregelt würden.

Die Angelegenheit wird nach meiner Auffassung in der ersten Sachkommission zunächst vorzubereiten sein, und wenn kein Widerspruch erfolgt, dann werde ich sie dieser Kommission überweisen (Zuruf).

An geschäftlichen Mitteilungen habe ich dann noch folgende zu machen. Das Verzeichnis der Abteilungen ist Ihnen zugestellt. Heute Vormittag haben sich die Abteilungen wie folgt konstituiert:

Schriftführer von Grootte: (liest):

I. Abteilung.

Vorsitzender: vom Rath; stellvertretender Vorsitzender: Barthels; Schriftführer: Krawinkel; stellvertretender Schriftführer: Freiherr von Hammerstein.

II. Abteilung.

Vorsitzender: Michels; stellvertretender Vorsitzender: von Wätjen; Schriftführer: Dr. Kaufmann; stellvertretender Schriftführer: Freiherr von Scheibler.

III. Abteilung.

Vorsitzender: Freiherr von Solmacher-Antweiler; stellvertretender Vorsitzender: Marx;
Schriftführer: Dr. Sartorius; stellvertretender Schriftführer: Dr. Lembke.

IV. Abteilung.

Vorsitzender: Quack; stellvertretender Vorsitzender: von Niesewand; Schriftführer: Linz; stellvertretender Schriftführer: von Hagen.

V. Abteilung.

Vorsitzender: Friedrichs (Remscheid); stellvertretender Vorsitzender: Dr. Ing. Karl Lueg;
Schriftführer: Rötter.

Vorsitzender Becker: Dann, meine Herren, hat die Zusammensetzung und Konstituierung der Kommissionen stattgefunden. Der Herr Schriftführer wird die Güte haben, Ihnen das Resultat mitzuteilen.

Schriftführer Abgeordneter Schrakamp: (liest):

Wahlprüfungskommission.

Vorsitzender: Dr. Ing. Lueg; Schriftführer: von Wätjen; Mitglieder: Blank, Brücker, Corty, Croon, Freiherr Clemens von Hövel, Huesgen, Laeis, Freiherr von Loë, Molenaar, Oster, Raab, Sneathlage, Popelius.

Geschäftsordnungskommission.

Vorsitzender: Dr. Klein; stellvertretender Vorsitzender: von Hagen; Schriftführer: Dr. Sartorius; stellvertretender Schriftführer: Freiherr von Hammerstein; Mitglieder: Caspers, Gauhe, Dr. Hammerschmidt, Jörissen, Kirdorf, Lehr, Lefebusch, Levertus, Robinson, Schulz-Briesen, Wilkes.

I. Fachkommission.

Vorsitzender: Michels; stellvertretender Vorsitzender: Spiritus; Schriftführer: Rötter; stellvertretender Schriftführer: von Laer; Mitglieder: Barthels, Daub, Friederichs (Elberfeld), von Groote, Hueck, Dr. Kaufmann, Marx, Minten, Moritz, Dr. Neven Du Mont, Westman.

II. Fachkommission.

Vorsitzender: Friederichs (Remscheid); stellvertretender Vorsitzender: Dr. Kirchartz; Schriftführer: D. von Kell; stellvertretender Schriftführer: Dr. zur Nieden; Mitglieder: Baumann, van Beers, Gfroerer von Ehrenberg, Gessert, Dr. Joesten, Kyll, Laeis, Freiherr von Loë, Dr. Lucas (Ertelenz), Dr. Stratmann, Dr. Venn.

III. Fachkommission.

Vorsitzender: von Stedman; stellvertretender Vorsitzender: Freiherr von Scheibler; Schriftführer: Klotz; stellvertretender Schriftführer: Sneathlage; Mitglieder: Dr. von Beckerath, Freiherr von Dalwigk, Eckhardt, Hardt, Heye, Krawinkel, von Kruse, Dr. Lucas (Solingen), H. Lueg, Dr. Womm, Dr. A. von Kell.

IV. Sachkommission.

Vorsitzender: Dr. Freiherr von Schorlemer; stellvertretender Vorsitzender: Heising; Schriftführer: Engels; stellvertretender Schriftführer: Zanders; Mitglieder: Böking, von Breuning, Dick, Herriger, Freiherr August von Hövel, Freiherr Clemens von Hövel, Huthmacher, Keller, Kirchmann, Schneemann, Walbröhl.

Vorsitzender Becker: Meine Herren! Die Wahlprüfungskommission hat keinen Stellvertreter des Vorsitzenden und keinen Stellvertreter des Schriftführers gewählt. Ich möchte anheimgeben, bei der nächsten Tagung das noch nachzuholen.

Die anderen Kommissionen sind vollständig konstituiert.

Das Verzeichnis der Kommissionen wird Ihnen ja noch gedruckt zugehen.

Weitere geschäftliche Mitteilungen hätte ich nicht zu machen.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Der erste Gegenstand „Eingänge“ hat bereits seine Erledigung gefunden.

Wir kommen zum zweiten Gegenstande:

Bericht des Provinzialausschusses über die Ergebnisse der Provinzialverwaltung für das Rechnungsjahr 1903.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Beigeordnete Dieze, dem ich das Wort gebe.

Berichterstatter Abgeordneter Dieze: Meine Herren! Sie wissen, daß nach § 102 der Provinzialordnung über das abgelaufene Jahr vom Provinzialausschuß Ihnen ein Bericht erstattet werden soll. Dieser Bericht ist wie alljährlich auch in diesem Jahre gedruckt schon seit mehreren Wochen in Ihren Händen. Er umfaßt die Zeit vom 1. April 1903 bis zum 31. März 1904. Das Jahr 1903 liegt nun schon so lange hinter uns, daß die meisten Zahlen, die in diesem Bericht vorkommen, schon längst durch das Jahr 1904 überholt sind, und über diese Periode wird uns heute der Herr Landeshauptmann in seinem Finanzbericht ja weiteres auseinandersetzen. Ich habe deshalb diesem Bericht sehr wenig hinzuzufügen, und frage nur, ob aus Ihrer Mitte über das eine und das andere Auskunft gewünscht wird.

Die Beschlüsse, die Sie im Jahr 1903 gefaßt haben, finden Sie in diesem Schriftstücke auf den Seiten 4—26. Dort ist jede einzelne von Ihnen in Auftrag gegebene Angelegenheit beantwortet und erledigt.

Ich hätte denn nur noch hinzuzufügen, daß wir durch die Provinzialumlage im Jahre 1903 11% aus den direkten Staatssteuern 6 710 000 Mark erhalten sollten, daß wir tatsächlich aber nur eine Einnahme von rund 6 486 950 Mark hatten, also schon ein Defizit von 223 000 Mark damals gehabt haben. Über die augenblickliche Finanzlage wird Ihnen, wie schon gesagt, nachher Näheres mitgeteilt werden. Es hat der vorgenannte Betrag im ganzen mit den von früher zu deckenden 221 900 Mark, also schon ein Defizit von 444 900 Mark ergeben.

Dann, meine Herren, hätte ich Ihnen noch mitzuteilen, daß bei den Zahlen über die Fürsorgeerziehung Minderjähriger auch Illusionen bis dahin vorgeherrschet haben, daß am 31. März 1904 die Zahl der zu Erziehenden aber bereits 2053 betragen hat.

Eine erfreulichere Erscheinung ist es, daß 1903 zum ersten Male seit langen Jahren der für das Landarmenwesen etatsmäßig vorgesehene Provinzialzuschuß nicht ganz in Anspruch genommen zu werden brauchte.

Dann hätte ich noch mitzuteilen, daß zwei neue Anstalten im Laufe des Geschäftsjahres 1903 eröffnet worden sind, und zwar wurde die Taubstummenanstalt in Köln in die Verwaltung der Provinz übernommen und ebenso die Wein- und Obstbauschule in Uhrweiler eröffnet.

Ich möchte nun bitten zu fragen, ob noch eine nähere Auskunft gewünscht wird.

Vorsitzender Becker: Wünscht einer von den Herren noch eine nähere Auskunft oder sonst das Wort?

Berichterstatter Abgeordneter Dieze: Wenn das nicht der Fall ist, meine Herren, dann stelle ich namens des Provinzialausschusses den Antrag, den vorliegenden Geschäftsbericht durch Kenntnisaufnahme als erledigt erklären zu wollen.

Vorsitzender Becker: Ich eröffne die Verhandlung — und schließe dieselbe, da sich niemand zum Wort meldet.

Ich darf wohl ohne besondere Abstimmung feststellen, daß das hohe Haus dem Antrag des Berichterstatters seine Zustimmung gegeben hat.

Wir kommen zum dritten Gegenstand der Tagesordnung:

Vorbericht zu dem Haupt-Haushaltsplan der Provinzialverwaltung der Rheinprovinz sowie zu den zu demselben gehörenden Haushaltsplänen der einzelnen Verwaltungszweige und Anstalten
und

Haupt-Haushaltsplan der genannten Verwaltung sowie die zu demselben gehörenden Haushaltspläne der einzelnen Verwaltungszweige und Anstalten für das Rechnungsjahr vom 1. April 1905 bis 31. März 1906.

Berichterstatter ist der Herr Landeshauptmann, dem ich das Wort gebe.

Berichterstatter Landeshauptmann Dr. von Renvers: Meine hochverehrten Herren! Ehe ich an die Besprechung des eigentlichen Haushaltsplans herantrete, bitte ich, mir zu gestatten, daß ich einige Worte über die allgemeine Vermögenslage des Provinzialverbandes vorausschicke. In dieser Beziehung liegt Ihnen ein besonderes Druckstück vor, und weiter ist diese Vermögenslage behandelt auf Seite 21 des Vorberichtes. Ich darf wohl annehmen, daß die Herren diese Druckstücke eingehend durchgesehen und zu ihrem geistigen Eigentum gemacht haben. (Sehr richtig!)

Ich brauche daher wohl hier nur die Hauptzahlen hervorzuheben und kann mich aus diesem Grunde möglichst kurz fassen.

Meine Herren! Das Vermögen des Provinzialverbandes ohne das Vermögen der Sozietät, der Landesbank und des Meliorationsfonds beträgt 41 674 931 Mark.

In dieser Summe steckt aber eine Reihe von durchlaufenden Posten, die eigentlich der Provinz nicht gehören; es ist das Vermögen der verschiedenen Pensions-, Witwen- und Waisenkassen sowie einiger Stiftungen. Die Gesamtsumme dieses durchlaufenden Vermögens beträgt 5 108 306 Mark. Wir müssen diese Summe absetzen von den eben genannten 41 Millionen, und es bleiben dann 36 566 625 Mark als reines Vermögen.

Meine Herren! Auf der anderen Seite sind aber die Feuer-Versicherungsanstalt und die Landesbank Institute, die von der Provinz gegründet worden sind und unterhalten werden und für die die Provinz im gegebenen Falle mit ihren Mitteln auch eintreten muß. Das Vermögen dieser beiden Anstalten ist also auch als Provinzialvermögen anzusprechen und muß der eben genannten Summe zugelegt werden. Dasselbe gilt von dem seitens des Staates seinerzeit als Dotation überwiesenen Meliorationsfonds.

Wir dürfen jedoch diesen Meliorationsfonds der Substanz nach nicht erschöpfen, wir verfügen nur über die Zinsen.

Meine Herren! Das Vermögen der Feuer-Versicherungsanstalt beträgt 7 586 000 Mark, und das der Landesbank 7 730 000 Mark, das des Meliorationsfonds 2 003 800 Mark. Meine

Herren! Diese drei Positionen zusammengenommen ergeben ein Vermögen von 53 886 425 Mark. Im letzten Jahre betrug das Vermögen 52 196 325 Mark. Es ist also ein Plus von 1 690 100 Mark zu konstatieren. Worin dieses Plus, dieses Anwachsens des Vermögens besteht, das ist in den Details, in der Denkschrift, der Druckschrift, die den Herren vorliegt, zahlenmäßig ausgeführt. Es besteht hauptsächlich in dem Zuwachs an einzelnen Anstalten, z. B. in Süchteln, in Fichtenhain, in der Zunahme der Gebäude in einzelnen Anstalten, kurz, es ist mehr oder weniger Immobilienbesitz und Zuwachs zum Immobilienbesitz, der diese Steigerung ausmacht.

Meine Herren! Dem Vermögen stehen nun auch Schulden gegenüber. Die Schulden betragen im Moment 19 154 884 Mark. Meine Herren! Woraus sich diese zusammensetzen, das ist in dem Ihnen vorliegenden Druckstück auch im einzelnen aufgeführt, es ist das hauptsächlich die alte Irrenhausschuld, es ist die 8 Millionen-Anleihe, die 6 Millionen-Anleihe, es sind die bekannten vier Anleihen A, B, C und D für Begebauzwecke von 2 000 000 Mark, 1 231 000 Mark, 2 400 000 Mark und, wie ich glaube, von 530 000 Mark. Dazu kommen noch einige kleinere Positionen, z. B. die Vorschüsse, die wir bei der Landesbank entnommen haben zur Bezahlung des Grundbesitzes in Fichtenhain, Vorschüsse, die wir für die Einrichtungen in Brauweiler entnommen haben, und für Urst, worüber Ihnen ja eine besondere Druckschrift vorliegt, die allerdings nicht sehr erfreulich ist, — kurz, noch einige kleinere Positionen kommen dazu.

Meine Herren! 1903 betrug die Schuldenmasse nur 17 079 956 Mark. Es ist also ein Mehr zu konstatieren von 2 074 927 Mark.

Meine Herren! Ich muß einige Worte darüber verlieren, wie dieser Zuwachs zu erklären ist. Das hängt so zusammen: Sie haben die eben erwähnten Darlehenssummen bewilligt. Diese sind natürlich nicht auf einmal in Anspruch genommen und aufgenommen worden, sondern sie werden erst aufgenommen je nachdem das Bedürfnis bei den Bauten usw. sich herausstellt. In diesem Jahre sind aus den offenen Krediten diese 2 074 927 Mark entnommen und sie müssen nun definitiv als Schulden der Provinz verrechnet werden.

Meine Herren! Während das Vermögen, wie ich eben sagte, um 1 690 100 Mark gestiegen ist, sind die Schulden um 2 074 927 Mark gestiegen. Es ergibt sich also hieraus, daß eine Schuldenzunahme von 707 000 Mark mehr als der Vermögenszuwachs besteht. Aber, meine Herren, das muß doch in etwas anderem Lichte als lediglich im Zahlenlichte betrachtet werden. In diesem Zuwachs der Schulden sind nicht weniger als 700 000 Mark enthalten, die im letzten Jahre für neue Brücken, für Brückenbesserungen, für Straßenverlegungen, für Großpflaster und Kleinpflaster aufgewandt sind. Es ist also damit diese Summe nicht einfach verschwunden, sondern es ist auch eine Besserung der Substanz des Provinzialvermögens eingetreten, die auch zur Folge haben wird, daß in Zukunft die Unterhaltung dieser verschiedenen Bauwerke nicht mehr so bald wieder in Erscheinung treten wird.

Meine Herren! Wenn ich diese Summe von rund 700 000 Mark von den Schulden abziehe, dann bleibt immerhin noch eine Zunahme des Vermögens von 384 824 Mark zu konstatieren.

Meine Herren! Die Summe dieser Schuldenlast der Provinz ist ja in einer Weise verwandt worden, die anderen Provinzen gegenüber weit hervorragt; sie ist verwandt worden zur Erbauung unserer großen Anstalten, zur Verbesserung unserer Wege, sie ist also eine nutzbringende Anlage gewesen.

Zu erschrecken brauchen wir vor diesen 19 Millionen auch nicht; die Verzinsung und Amortisierung dieser Summe wird rund vielleicht $1\frac{1}{2}$ % der Provinzialsteuern ausmachen. Damit ist nun nicht ein Zuwachs der Schulden für das nächste Jahr ausgeschlossen. Ich muß

darauf aufmerksam machen, daß im vorigen Jahre die nötigen Mittel zur Herstellung der neuen Anstalt für Fürsorgezöglinge in Fichtenhain und für die Erweiterung des Museums in Trier bewilligt worden sind, daß Ihnen heute eine Vorlage über Erweiterung und Umbau einiger Taubstummenanstalten vorliegt, und daß beantragt ist, die Summen für die Erweiterung der Taubstummenanstalten anzuweisen auf Vorschüsse der Landesbank, die dann, wenn die Gebäude soweit hergestellt sind, durch eine Anleihe gedeckt werden sollen. Wir werden also entsprechend den Beschlüssen des Hauses im nächsten Jahr eine Vorlage über eine weitere Anleihe von etwa 1 Million zur Deckung der bereits aufgewandten Baukosten in Vorschlag bringen müssen.

Meine Herren! Das ist im großen ganzen das, was ich über die Vermögenslage zu sagen habe.

Ich darf nun wohl übergehen zur eigentlichen Besprechung unseres Stats.

Meine Herren! Wenn Sie den Schluß unseres Hauptstats ansehen, so schließt dieser pro 1905 mit einer Ausgabe von 24 264 929 Mark.

Meine Herren! 1904 waren nur 23 379 384 Mark eingestellt, das ist also ein Mehr von 885 545 Mark. Meine Herren! Von dieser Mehreinstellung werden aber auch durch eigene Mehreinnahmen bei den Anstalten usw. 503 545 Mark gedeckt, so daß anderweit nur noch zu decken sind 382 000 Mark.

Meine Herren! Es wird nun meine Aufgabe sein, Ihnen zunächst nachzuweisen, daß diese 382 000 Mark, für die sich keine Deckung findet, wirklich in den Stat eingestellt werden mußten, weiter, daß wir zur Deckung dieser Summe disponible Mittel nicht haben, und drittens Ihnen Vorschläge zu machen, wie die Summe von 382 000 Mark aufgebracht werden kann.

Meine Herren! Wenn ich zu dem ersten Punkt übergehen darf, daß 382 000 Mark in den Stat einzustellen waren, so kann ich das wohl am besten in der Weise tun, daß ich an den einzelnen Titeln des Haushaltsplans nachweise, was mehr hier eingestellt worden ist und weshalb dies geschehen ist.

Meine Herren! Ich glaube, es wird wohl genügen, wenn ich bei den einzelnen Titeln die Hauptpunkte herausgreife, die die Mehrbelastung ergeben, aber die kleinen Nebenforderungen, die bei jedem Titel nur ein paar hundert Mark betragen, übergehe und in der Kommission Rechenschaft darüber ablege.

Meine Herren! Es ist mehr eingesetzt zunächst bei Titel II No. 1 des Haupt-Haushaltsplans „Zuschuß zum Haushaltsplan des Provinziallandtages, des Provinzialausschusses und der Zentralverwaltung“ der Betrag von 20 500 Mark. Meine Herren! Ich muß hier gleich bemerken, was auch für alle anderen Titel gilt: In diesem Jahre treten die besoldungsplanmäßigen Erhöhungen der Beamtenegehälter in der Provinz ein. Das macht im großen und ganzen eine Summe zwischen 60 und 70 000 Mark, die sich auf die einzelnen Statstitel verteilt und dort wieder zur Erscheinung kommt.

Meine Herren! Bei diesem eben genannten Titel „Provinziallandtag, Ausschuß, Zentralverwaltung“ fallen allein 14 000 Mark auf reglementsmäßige Besoldungserhöhungen, so daß von den mehreingestellten 20 500 Mark eigentlich nur 6000 Mark anderweitig zur Verwendung kommen und zwar hauptsächlich dadurch hervorgerufen, daß zwei oder drei neue Kanzlei- und Bureaustellen geschaffen, daß ein Landesratsgehalt, das bisher noch aus dem Verfügungsfonds gezahlt worden ist, hier auf den Haushaltsplan gebracht, und daß eine neue Stelle für einen Hochbauinspektor eingesetzt worden ist.

Meine Herren! Wir haben demgegenüber eine Reihe von Ersparnissen bei diesem Haushaltsplan, und daher kann hier eine Aufrechnung in der Weise stattfinden, daß in Wirklichkeit über die eben genannte Summe von 14 000 Mark hinaus nur noch 6000 Mark mehr eingestellt werden mußten.

Bei II 7 „Taubstummensehen“ haben wir 13 140 Mark mehr eingestellt. Auch hier wird es für die Verhandlungen im Hause wohl genügen, wenn ich darauf hinweise, daß in dieser Summe allein 7450 Mark besoldungsplanmäßige Zulagen und 1368 Mark Serviserhöhungen für Cöln und Trier, im ganzen also 9000 Mark enthalten sind, die 4000 Mark, die darüber hinausgehen, werden durch zwei neue Lehrerstellen und einige Kleinigkeiten absorbiert.

Meine Herren! Bei Titel II 8 „Blindensehen“ haben wir nur einen Betrag von 2150 Mark mehr eingestellt. Auch davon fallen allein 1595 Mark auf die reglementsmäßigen Besoldungserhöhungen. Was darüber hinaus verlangt wird — es sind ja nur ein Paar hundert Mark —, wird in der Kommission einzeln belegt werden können.

Meine Herren! Bei II 9 „Zuschuß zum Haushaltsplan des Hebammenwesens“ haben wir 11 620 Mark mehr eingestellt. Meine Herren! Wir haben ja jetzt zwei Anstalten, Cöln und Elberfeld. Auf die große Cölner Anstalt fällt davon nur der minimale Betrag von 2590 Mark, und dieser setzt sich auch wieder zusammen aus den reglementsmäßigen Besoldungserhöhungen, aus kleinen Zuschüssen für die Assistenzärzte und für den katholischen Geistlichen. Damit ist Cöln abgefunden. Der andere Teil dieser Summe, 9000 Mark, fällt auf Elberfeld. Meine Herren! Im vorigen Jahre ist für diese neue Anstalt nur ein halbjähriger Haushaltsplan aufgestellt worden. In diesem Jahr muß der Haushaltsplan für das ganze Jahr aufgestellt werden, und daher kommt diese Mehrforderung von 9000 Mark.

Meine Herren! Der folgende Titel II 10, das Fürsorgewesen betreffend, erscheint mit einer großen Mehrforderung und zwar mit 69 200 Mark.

Meine Herren! Wir hatten gedacht, in das neue Haushaltsjahr übergehen zu können mit etwa 3900 Böglingen. Das hat sich aber schon von vornherein als unmöglich herausgestellt. Wir werden in das neue Haushaltsjahr mit rund 4300—4400 Böglingen hineingehen. Die Zahlen, wie sie im Vorbericht stehen, sind schon längst überholt, und wir werden wohl am Ende des Jahres auch auf 4600 oder 4700 Böglinge angewachsen sein. Meine Herren! Je mehr Böglinge, desto mehr Kosten! Und es werden uns in großer Zahl Böglinge überwiesen, die nicht in Familien oder im Handwerk untergebracht werden können, sondern in Anstalten, und deren Unterhaltung ist recht teuer. Im Durchschnitt kostet uns jetzt das Kind anstatt 250, 260 Mark. Meine Herren! Auf Grund dieser Zahlen sind in den Haushaltsplan im ganzen mehr eingestellt 214 000 Mark, aber davon trägt oder soll vielmehr tragen die königliche Staatsregierung $\frac{2}{3}$ und die Provinz nur $\frac{1}{3}$. Wir haben infolgedessen nur die ebengenannte Summe von 69 200 Mark, entsprechend dem auf die Provinz entfallenden Drittel, einstellen müssen.

Meine Herren! Bei dem folgenden Titel II 11 „Heil- und Pflegeanstalten“ erscheint eine Mehrforderung von 58 000 Mark. Die alten Anstalten kosten keinen Heller mehr als früher. Sie verlangen keinen weiteren Zuschuß. Was hier eingestellt ist, das ist lediglich der Betrag, der nötig ist, um die im Mai zu eröffnende Anstalt bei Süchteln, „Johannisthal“, in Betrieb zu setzen. Es müssen für diesen Zeitpunkt die Gehälter, die Pflegekosten, die Kosten für die sächliche Unterhaltung usw. bewilligt werden. Wir haben den Haushaltsplan aufgestellt an der Hand der alten Haushaltspläne und an der Hand des Haushaltsplanes, der f. Bt. bei der Eröffnung von Galkhausen entworfen worden ist. Wir sind so zu dieser Summe von rund

59000 Mark gekommen. Ob diese Summe reicht oder nicht reicht, das läßt sich bei der Neu-einrichtung einer Anstalt kaum vorhersehen. Wir haben nach bestem Wissen diese Summe kalkuliert und eingesetzt.

Meine Herren! Bei II 12 „Landarmenwesen“ freue ich mich, wie eben schon Herr Beigeordneter Dieze bemerkte, sagen zu können, daß wir zum erstenmal seit vielen Jahren weiterer Zuschüsse nicht bedürfen. Ich komme vielleicht noch später auf diese Position zurück.

Bei II 14 „Erweiterte Armenpflege“ haben wir noch einen weiteren Zuschuß von 47000 Mark nötig. Meine Herren! Es steht statistisch fest, wie viele Kranke uns in jedem Jahre zuwachsen und wir haben die Zahlen dieser Kranken zu den Pflagetagen des vorhergehenden Jahres gezählt und kommen dann zu der Berechnung, daß wir eigentlich 159000 Mark mehr nötig haben. Davon werden aber 30000 Mark aus den Mehrbeiträgen, aus dem Vermögen der Kranken und der Drittverpflichteten und 82000 Mark aus den Mehrbeiträgen der Kreise und der Gemeinden gedeckt, sodaß wir für die Provinz mit 47000 Mark auskommen zu können glauben.

Meine Herren! Bei dem folgenden Titel II 15 „Brauweiler“ brauchen wir keine neuen Zuschüsse, obwohl der Haushaltsplan ja auch um mehr als 40000 Mark in die Höhe gegangen ist. Der Mehrbetrag deckt sich aus dem eigenen Erwerb der Anstalt.

Bei II 17 „Leitung und Beaufsichtigung baulicher Unterhaltungsarbeiten sowie Abschreibungen auf Maschinen“ werden Sie eine bedeutende Mehrforderung finden und zwar von 60000 Mark. Meine Herren! Das hängt so zusammen: Wir haben in den Anstalten Maschinen, Röhren-Kessel, elektrische Anlagen zc. im runden Wert von 3 bis 4 Millionen Mark. Bisher ist nun noch kein Fonds vorhanden gewesen, aus dem für Ersatz dieser maschinellen Anlagen gesorgt werden konnte. War ein Ersatz nötig, dann wurde diese Summe genommen, entweder durch Überschreitung des Haushaltsplans, die später dann gerechtfertigt wurde, oder aus anderen Mitteln oder aus Überschüssen.

Meine Herren! Das ist nun kein richtiges Verfahren. So gut wie der Kaufmann und Industrielle auf seine Fabrikanlagen Abschreibungen macht, so gut muß das auch eine Verwaltung tun, die Maschinen im Werte von 3—4 Millionen Mark hat. Wir haben also vorgeschlagen, in diesem Jahre 60000 Mark hier einzustellen, damit wir dadurch eine Grundlage zu einem Amortisationsfonds für die Maschinenanlagen erhalten.

Meine Herren! Wir waren im Ausschuß uns vollständig darüber klar, daß dieser Betrag von 60000 Mark zu niedrig gegriffen sei. Die Herren, die in der Praxis stehen, wissen, daß eine Abschreibung in der Höhe auf ein Kapital von 3—4 Millionen ungenügend ist, daß wir eigentlich vielleicht den doppelten Betrag hier einstellen müßten. Wir haben uns zunächst aber einmal mit diesen 60000 Mark begnügt, um überhaupt einen Anfang mit der Schaffung eines derartigen Fonds zu machen.

Meine Herren! Bei II, 19, Straßen-Haushaltsplan, erscheinen mehr nur 21000 Mark, und das, meine Herren, entspricht einem Beschlusse, den das hohe Haus im vorigen Jahre gefaßt hat. Wir haben bisher die Beträge, die wir für Renten der Straßenwärter zc., ihrer Witwen und Hinterbliebenen, auf Grund des Beschlusses des 42. Landtages zahlten, beim Haupthaushaltsplan ausgebracht. Ihre Kommission wünschte im vorigen Jahre, daß sie auch bei dem Straßenbauhaushaltsplan zur Erscheinung kämen, und wir haben den entsprechenden Betrag von 21000 Mark diesem Wunsche entsprechend hier zum ersten Male eingesetzt.

Meine Herren! Bei II, 20, Landwirtschaft, ist eine Erhöhung von rund 20000 Mark vorgesehen. Wir haben in diesem Jahre mehr zu zahlen — um nur die Hauptzahlen herauszu-

greifen — für eine neue Winterschule in Morbach einschließlich der Pensionsbeträge 3000 Mark. Wir haben mehr aufzuwenden für die drei Weinbauschulen in Ahrweiler, Trier und Kreuznach 3000 Mark! Das sind 6000 Mark. Dann hat der Provinzialausschuß den Beschluß gefaßt, zur Hebung des Rotweinbaues an der Ahr und in den verwandten Rheingebieten 20 000 Mark auf die nächsten 10 Jahre zur Verfügung zu stellen, nachdem zugleich die Königliche Staatsregierung 30 000 Mark und die Landwirtschaftskammer 10 000 Mark hergegeben haben. Meine Herren! Diese 20 000 Mark haben wir aus dem gewöhnlichen landwirtschaftlichen Fonds entnommen. Dieser reicht aber schon jetzt nicht für die Anforderungen aus, die an ihn gestellt werden, und der Provinzialausschuß hat den Beschluß gefaßt, diese 20 000 Mark hier wieder als Mehrforderung beim Landwirtschafts-Haushaltsplan vorzubringen.

Meine Herren! Titel IV, 1, d. h. der Haushaltsplan für Kunst und Wissenschaft, ist sehr knapp ausgefallen. Ein Mehrbetrag ist nicht eingestellt. Aber, meine Herren, ich darf da auf eine besondere Ihnen zugegangene Denkschrift über die Erhöhung der Besoldung einzelner Beamtensategorien verweisen. Da werden Sie auch eine Position finden, wonach aus den 22 000 Mark für das Denkmälerarchiv eine etatsmäßige Stelle auf Kosten dieses Fonds ohne weitere Erhöhung desselben geschaffen werden soll. Wir kommen in der Kommission auf diesen Punkt ja wohl noch zurück.

Meine Herren! Bei IV, 4, gewerblicher Haushaltsplan, sind 6000 Mark mehr eingestellt. Darunter sind 3000 Mark, die für das Museum in Crefeld schon seit längeren Jahren bewilligt worden sind und zwar aus dem Ständefonds. Da das eine dauernde Ausgabe ist und das Museum in Crefeld gerade für die Ausbildung der Handwerker Hervorragendes leistet, hat der Ausschuß beschloffen, diese Summe vom Ständefonds wegzunehmen und hier bei dem ordentlichen Haushaltsplan für Gewerbe einzustellen.

Meine Herren! Dann haben wir noch bei V, 3, Zinsen und Amortisationsraten, 42 000 Mark mehr einstellen müssen. Meine Herren! Das ist ja garnicht zu umgehen. Je mehr die offenen Kredite für die Bauten in Anspruch genommen werden, um so höher wird auch auf der anderen Seite der Betrag der zu zahlenden Zinsen und der Amortisationsquote.

Endlich haben wir unter V, 5 — worüber Ihnen noch eine besondere Vorlage zugegangen ist, auf die ich eben schon einging, zwecks Erhöhung der Besoldungen für einige wenige Beamten-Kategorien, wo das unbedingt erforderlich erschien, etwa 10 000 Mark eingestellt. Meine Herren! Diese Besoldungserhöhungen sind im ordentlichen Haushaltsplan bei den einzelnen Titeln nicht vorgesehen, es wird deshalb ein Pauschquantum von 10 000 Mark von dem hohen Hause erbeten.

Meine Herren! Diese Zahlen, die ich eben nannte, machen zusammen 385 877 Mark aus. Es steht dem eine Minderausgabe bei I, 2, II, 2 und IV, 4 mit 3877 Mark gegenüber. Werden diese Minderausgaben abgezogen, dann bleiben 382 000 Mark, — die Summe, von der ich zuerst mitteilte, daß wir sie mehr in den Haushaltsplan hätten einstellen müssen.

Meine Herren! Wenn ich noch kurz auf diese eben genannten Zahlen zurückgreifen darf — es sind rund 60 000 Mark für Gehaltserhöhungen, 60 000 Mark für Maschinenanlagen, 42 000 Mark für Verzinsung, 20 000 Mark für Landwirtschaft, 21 000 Mark für Straßen, vielleicht 11 000 Mark für das Hebammenwesen, — meine Herren, wenn Sie nur diese Zahlen zusammenzählen und die kleinen Erhöhungen ganz weglassen, dann werden Sie wohl schon sagen müssen, daß sich an diesen eingestellten Positionen garnicht rütteln läßt, daß wir sie unbedingt einstellen und zahlen müssen.

Meine Herren! Ich komme damit zu dem zweiten Teile meiner Aufgabe, nachzuweisen, daß wir zur Zahlung dieser 382 000 Mark disponible Mittel nicht mehr zur Verfügung haben. Für 1903 standen uns zur Verfügung aus den Überschüssen der Steuern der Jahre 1897 bis 1902 700 722 Mark. Dann ist im Jahre 1903 noch hinzugekommen aus den Überschüssen der Landesbank ein Betrag von 100 000 Mark. Und endlich hat die Ausstellungskommission einen Betrag von 100 000 Mark der Provinz zurückgezahlt, so daß wir mit 900 722 Mark in 1903 hereingingen. Meine Herren! Dieser Betrag ist aber 1903 zum größten Teil absorbiert worden. Sie haben beschlossen, daß zur Bilanzierung des Haushaltsplans für 1903 221 900 Mark aus den Überschüssen in den Haushaltsplan direkt eingestellt werden sollten. Sie hofften damals, daß der bewilligte Steuerfuß von 11 Prozent auch genügen werde, um die übrigen Ausgaben zu decken. Meine Herren! Die Steuern haben aber 223 048 Mark weniger eingebracht. Diese Mindereinnahme aus den Steuern, dieses Defizit, mußte natürlich auch aus dieser Reservefumme gedeckt werden.

Meine Herren! Dann sind wir weiter von einer Reihe von Kreisen auf Herauszahlung angeblich zuviel erhobener Steuern verklagt worden. Das hat uns 28 252 Mark gekostet, die auch aus dem Reservefonds zu entnehmen gewesen sind.

Meine Herren! Von den 100 000 Mark, die die Ausstellungskommission uns zurückgezahlt hat, mußten 50 000 Mark an zwei Städte bestimmungsmäßig abgeführt werden. Das ist geschehen. Die weiteren 50 000 Mark hat der letzte Provinziallandtag als Beitrag zu den Kosten des Erweiterungsbaues beim Museum in Trier bestimmt. Damit ist aus dem Reservefonds von rund 900 720 Mark 1903 die Summe von 573 200 Mark entnommen worden, so daß nur 327 520 Mark übrig blieben. Meine Herren! Die Summe ist nun etwas verstärkt worden, und zwar um rund 15 000 Mark aus dem Bestand der laufenden Verwaltung für 1903 und weiter um 200 000 Mark, die die Landesbank aus den Überschüssen uns noch abgeführt hat, so daß die Summe beim Beginn 1904 wieder 542 559 Mark betrug.

Meine Herren! Mit dieser Summe gingen wir in das Jahr 1904 hinein. Aber es muß aus diesem Reservefonds zunächst gedeckt werden Ihre Bewilligung von 230 000 Mark für die Siegregulierung. Diese Summe ist vor zwei Jahren bewilligt worden mit der Bestimmung, daß sie aus bereiten Mitteln zu zahlen sei. Wir haben jetzt schon weit über 100 000 Mark — ich glaube 170 000 Mark sind es — aus den bereiten Mitteln gezahlt. Wir müssen jetzt endlich die Summe definitiv decken, und es ist deshalb dem Hause eine Vorlage gemacht worden, die 230 000 Mark nun definitiv hier aus dem Überschuß zu zahlen.

Meine Herren! Sie haben im vorigen Jahre für das Siebengebirge 120 000 Mark bewilligt. Auch diese Summe muß nun abgeführt werden, und da wir andere Mittel nicht haben, muß sie aus diesem Reservefonds gedeckt werden.

Meine Herren! Dann haben wir weiter an Kosten der Fürsorgeerziehung vorstufweise 210 000 Mark gezahlt. Es ist ja den Herren bekannt, daß der Fiskus zwei Drittel der Kosten der Fürsorge decken soll. Aber bisher hat dieser sich geweigert, die zwei Drittel in vollem Umfange zu zahlen. Er behauptet: „die allgemeinen Verwaltungskosten und weiter die Kosten der Verzinsung und Amortifizierung der Gebäude gehen mich nichts an.“ (Oho!) Infolgedessen haben die Provinzen gemeinschaftlich beschlossen, klagerweise vorzugehen und vorderhand diese Kosten vorstufweise zu zahlen. Der Prozeß ist noch nicht erledigt. Wir müssen die Gelder also eventuell in Reserve behalten, und der vorige Provinziallandtag hat beschlossen, diese Summe von 210 000 Mark aus dem Reservefonds disponibel zu halten.

Meine Herren! Das macht im ganzen 560 000 Mark. Werden diese von 542 558 Mark abgezogen, dann bleibt ein Defizit von 17 500 Mark.

Nun, meine Herren, werden wir aus den Steuern für 1904 voraussichtlich ein Plus von 84 000 Mark erzielen. Daraus wird zunächst aber das Defizit von 17 500 Mark zu decken sein. Dann ist mit Bestimmtheit zu erwarten, daß der Haushaltsplan der Fürsorge etwa um 30 000 Mark überschritten werden wird. Es ergibt sich das ja schon aus der höheren Einstellung, die wir für das folgende Jahr auf Grund der Erfahrungen haben machen müssen. Es werden auch hier und da bei den einzelnen Haushaltsplänen sich ja wohl noch kleine Überschreitungen finden, so daß dieser Steuer-Überschuß von 84 000 Mark zum weitaus größten Teile schon wieder in Anspruch genommen ist.

Meine Herren! Ein Reservefonds ist also nicht mehr vorhanden, woraus wir diese 382 000 Mark decken könnten. Nun werden Sie mir sagen, meine Herren, es ist ja möglich, daß wir größere Summen aus den Überschüssen der Landesbank heranziehen können. Meine Herren! Wie Sie aus dem Haupt-Haushaltsplan ersehen, ist die Landesbank in diesem Jahre schon mit 584 000 Mark an Zuschüssen zum Haupt-Haushaltsplan eingesetzt, 10 500 Mark mehr wie im vorigen Jahre. Aber, meine Herren, wenn die Landesbank vielleicht auch noch etwas mehr abführen könnte, so ist doch auch schon nach den Vorlagen, die Ihnen gemacht worden sind, über Mehr verfügt; es liegt Ihnen eine Vorlage vor, betreffend die Darbringung eines Geschenkes gelegentlich der Hochzeit Sr. Königlichen Hoheit des Kronprinzen. Es wird gebeten, die dort vorgesehene Summe aus Überschüssen der Landesbank mit 30 000 Mark entnehmen zu dürfen. Weiter liegt Ihnen vor eine Vorlage, worin gebeten wird, aus den Überschüssen der Landesbank 20 000 Mark für die Herstellung des Domes in Weßlar auf die nächsten fünf Jahre zu bewilligen.

Ferner, meine Herren, sind noch 8000 Mark für ein Bild des Herrn Geheimrat Klein zu bezahlen, und endlich hat die Landesbank auch für sich durch Ankauf zweier Häuser, die zu ihrer Vergrößerung erforderlich waren, disponible Gelder nötig.

Meine Herren! Es ist also abgesehen von den 584 000 Mark, die im Haushaltsplan stehen, schon eine Mehrheranziehung der Überschüsse von rund 70 000 Mark vorgesehen. Wir kommen also auf sechshundert und so und soviel tausend Mark, die die Landesbank in diesem Jahre unter allen Umständen uns geben muß.

Meine Herren! Ich nehme nun an, die Geschäfte der Landesbank gehen in derselben günstigen Weise fort, wie sie bisher gegangen sind. Daraus schlußfolgere ich aber nicht, daß der kleine Rest, der dann noch übrig bleibt, auch zu Zwecken der Zentralverwaltung verwandt werden kann, sondern es ist unbedingt nötig, daß der Reservefonds der Landesbank erhöht wird, entsprechend den wachsenden Geschäften der Landesbank. Ich glaube also, aus der Landesbank werden wir weiteren Sukkurs für unseren Haushaltsplan nicht erwarten können.

Meine Herren! Sie werden dann vielleicht weiter sagen: „Warum habt Ihr denn nicht die Gewinne der Provinzial-Feuerversicherungsanstalt herangezogen, die in Wirklichkeit vorhanden sind?“ 150 000 Mark soll die Sozietät in diesem Jahre schon an den Haupt-Haushaltsplan für Wasserleitungszwecke abliefern. Meine Herren! Weitere Mittel können wir erst nehmen, wenn eine Statutenänderung für die Feuerversicherungsanstalt durchgegangen ist, die im vorigen Jahre angeregt worden ist. Es hat aber das Kuratorium der Feuerversicherungsanstalt und mit ihm auch der Ausschuß sich dahin schlüssig gemacht, daß jetzt der Zeitpunkt zur Änderung des Statuts der Feuerversicherungsanstalt noch nicht gekommen sei. Es steht das Privatversicherungsgesetz bevor, und wenn direkt auch, soweit man bis jetzt weiß, die Sozietäten vielleicht nicht davon

umfaßt werden, einige Änderungen wird das Gesetz auch für unsere Sozietät bringen, wenn vielleicht auch nicht das Gesetz selbst, so doch durch die Schlußfolgerungen, die wir aus dem Gesetz ziehen müssen. Und dann müssen wir im nächsten Jahre ohnehin eine Statutenänderung machen. Es ist nicht zweckmäßig, in diesem Jahre, nachdem wir vor kurzem erst eine Statutenänderung gemacht, schon wieder und im nächsten Jahre noch einmal eine Statutenänderung vorzunehmen; denn jede Statutenänderung bringt eine gewisse Unruhe in die Kreise der Versicherten hinein, und es werden sehr viele abspenstig. Eins darf ich ja hier im Hause auch wohl bemerken! Allein die Mitteilung, daß im vorigen Jahre hier beschlossen worden ist, die Erträge der Sozietät zu Zentralzwecken höher heranzuziehen, hat Freude bei den Privatversicherungsgesellschaften hervorgerufen. Allenthalben in den Versicherungszeitschriften heißt es: „Versicherte! Ihr seht, die Provinz will diese Gelder haben; Ihr werdet von ihr nie eine Erleichterung zu erwarten haben.“ Gut ist das für die Sozietät eigentlich nicht gewesen. Wir haben uns so gut gewehrt, wie wir konnten. Auf jeden Fall konnten wir ruhig sagen: „Es wird nichts mehr herangezogen als bisher.“

Also auf die Frage der Abänderung der Statuten der Sozietät werden wir vielleicht, wenn das Gesetz erlassen ist, nochmals zurückkommen können.

Ich glaube also, auch aus dieser Quelle ist für den laufenden Haushaltsplan auf mehr als diese 150 000 Mark — 120 000 Mark stehen im Haushaltsplan, 30 000 Mark sind in der besonderen Vorlage noch erbeten — nicht zu rechnen.

Damit wäre ich zu dem dritten Teile gekommen und hätte Ihnen namens des Ausschusses Vorschläge zu machen über die Art und Weise, wie denn die Summe von 382 000 Mark gedeckt werden kann. Meine Herren! Es kann das natürlich nur durch eine kleine Erhöhung der Abgaben geschehen. Es sind im ganzen Abgaben nötig in Höhe von 7 609 000 Mark. Meine Herren! Wenn ich 12 Prozent annehme — den bisherigen Satz — so setzt das ein berechtigtes Steuerfoll von 63 410 000 Mark voraus. Für das Jahr 1904 ist ein Steuerfoll von 60 300 000 Mark zu Grunde gelegt worden. Nach den jetzigen Aufstellungen soll aber 1904 ein Steuerfoll von 61 Millionen ergeben. Ich will nun annehmen, daß sich die Verhältnisse fortdauernd bessern wie bisher und daß wir dem Steuerfoll für 1905 getrost noch weitere 500 000 Mark zusetzen können. Dann wären das 61 500 000 Mark. Mehr, glaube ich, können wir als vorsichtige Leute doch wohl nicht annehmen. Wenn wir 61 500 000 Mark annehmen, so machen davon $12\frac{1}{2}\%$ 7 687 500 Mark — gegen den erforderlichen Betrag also ein Plus von 78 000 Mark. Meine Herren! Vor diesem Plus von 78 000 Mark brauchen Sie wirklich nicht zu erschrecken. Es liegt Ihnen eine besondere Vorlage vor, worin gebeten wird, die Gehälter der Pfleger und Pflegerinnen bei den Provinzialanstalten, die weit hinter den Sätzen in anderen Provinzen zurückgeblieben sind, zu erhöhen. Das kostet nach der Vorlage rund 30 000 Mark. Es ist der Antrag gestellt, wenn das hohe Haus diese Erhöhung der Pflegegehälter beschließt, sie zu entnehmen aus den Überschüssen der Steuern, die hier, wie gesagt, mit 78 000 Mark ungefähr berechnet sind.

Meine Herren! Wir werden aber auch noch andere Ansprüche an dieses Plus machen müssen. Es steht für den nächsten Herbst die Anwesenheit Seiner Majestät des Kaisers in Coblenz bevor, und da ist bei früheren Gelegenheiten immer seitens der Provinz ihr Eigentum, das deutsche Eck, mit dem Denkmal und seiner Umgebung beleuchtet worden. Wir werden, wenn Seine Majestät auch kein Kaiserfest annehmen sollte, auf jeden Fall dem Wunsche der Stadt Coblenz, auch in diesem Jahre, dort die Beleuchtung vorzunehmen, entsprechen müssen, und diese hat bei der letzten Gelegenheit etwa 14—15 000 Mark gekostet. Also wir haben hier schon wieder eine Position, für die dieser überschüssige Verwendung finden wird.

Meine Herren! Ich kann damit wohl sagen: Wir haben das halbe Prozent mehr an Steuern nötig, wenn wir den Haushaltsplan in der Weise, wie er Ihnen vorgelegt wird, durchführen sollen. Wir hoffen aber auch, da die Verhältnisse ja doch in einer gewissen Besserung begriffen sind, daß wir dann in den nächsten Jahren uns mit der heute bewilligten Summe behelfen können. Ich sehe voraus, daß diese Erhöhung vielleicht bei den Vertretern der großen Kommunen auf Bedenken stößt; denn diese müssen sie ja mehr oder weniger aufbringen. Aber, meine Herren, das ist ja wirklich für die großen Kommunen, die für ihre eigenen Zwecke in so hervorragender und so vornehmer Weise sorgen, nicht so schlimm. Ich glaube, daß auch bei diesen großen Steuerzahlern das Gefühl, daß sie für die Kleinen mit eintreten müssen, durchschlagend sein wird und daß sie es als *nobile officium* betrachten, den Armen hier auch aus ihren reichen Mitteln zu helfen. (Beifall.)

Meine Herren! Ich könnte nun zu dem eigentlichen Haushaltsplan kaum noch etwas zufügen. Aber gestatten Sie mir, daß ich heute namens des Ausschusses Ihnen auch im allgemeinen über die Verwaltung, über die Hauptpunkte unserer Verwaltung ein paar Bemerkungen mache und daß ich das auch tue an der Hand der Titel unseres Haupt-Haushaltsplans. Ich werde mich sehr kurz fassen und nur die Hauptpunkte, die uns interessieren, einmal kurz beleuchten.

Meine Herren! Da ist der erste Haushaltsplan der Zentralverwaltung. Das ist wesentlich ein Personal-Haushaltsplan und enthält nur einige sächliche Kosten. Da sind Änderungen ja kaum vorgekommen, abgesehen von ein paar Beamtenstellen, die mehr geschaffen sind. Meine Herren! Daß einige Sekretär-, Kanzleistellen und auch einige Stellen für die Zentralverwaltung im Laufe der Jahre neu geschaffen werden müssen, ist selbstverständlich. Das ist bei uns wie bei jeder anderen Verwaltung; die Geschäfte wachsen in ungeahnter Weise heran. Meine Herren! Wir haben eine Reihe von neuen Aufgaben bekommen. Wir haben die Witwen- und Waisenkasse, die Reliktenkasse, bekommen. Es werden statistische Aufgaben in größerem Umfange als früher an die Provinzialverwaltung gestellt. Wir haben das ganze Gebiet der Wasserleitung dazu bekommen. Und endlich muß ich sagen: Auch die alljährliche Aufstellung des Haushaltsplans macht sowohl in den Lokalinstanzen wie an der Zentralstelle eine große, früher nicht dagewesene Arbeit. Ich darf darauf hinweisen, daß z. B. unsere Geschäftsnummern bei der Zentralstelle jetzt rund 170 000 betragen (hört, hört!), bei den Versicherungsanstalten — wenn ich diese noch herausgreifen darf — 264 000 Nummern. Also allein schon diese Nummern beweisen, daß hier und da eine Erhöhung der Bureaubeamtenstellen usw. nicht zu umgehen ist.

Meine Herren! Zu dem zweiten Haushaltsplan, Pensions-Haushaltsplan, habe ich eigentlich nichts zu sagen. Es werden 15 Prozent des Durchschnittsgehaltes erhoben, und die Höhe der Pensionen richtet sich nach den reglementsmäßigen Bestimmungen.

Der Haushaltsplan der Landes-Versicherungsanstalt und der Schiedsgerichte, meine Herren, ist auch nur ein Personal-Haushaltsplan, zu dem die Provinz ja nichts beizutragen hat. Wir stellen die Beamten, und die Versicherungsanstalt, die Schiedsgerichte bezahlen sie. Also hier ist nichts besonderes zu bemerken.

Meine Herren! Anders ist es bei der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft. Auch da sind wir ja eigentlich nur diejenigen, die die Beamten stellen. Die eigentlichen materiellen Kosten der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft deckt die Genossenschaft in sich. Aber, meine Herren, es ist doch interessant, einmal zu sehen, wie eigentlich die Kosten dieser Berufsgenossenschaft im Laufe der Zeit wachsen. Meine Herren! Die Gesamtkosten der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft betragen jetzt 2 300 000 Mark, davon entfallen 1 425 000 Mark auf Sektionskosten und

825 000 Mark auf Genossenschaftskosten. Meine Herren! Die Lasten sind ständig im Steigen begriffen. Wir haben in diesem Jahre anstatt fünfzehn: siebzehn Pfennig pro Mark der Grundsteuer ausschreiben müssen. Es ist das eine Erscheinung, die nicht nur hier in der Provinz, die vielmehr in allen Provinzen hervorgetreten ist und die eigentlich doch die Frage nahe legt, ob hier nicht eine gesetzliche Änderung im Laufe der Zeit nötig wird. Die kleinen Renten erdrücken die Sache. Früher machte ein Knecht auf dem Lande sich nichts daraus, wenn er sich einmal den Finger quetschte; er arbeitete ruhig weiter. Heute ist das Erste was er tut, an die Berufsgenossenschaft wegen einer Rente heranzutreten; es ist eine reine Wut auf Rentenbezug eingetreten.

Meine Herren! Der folgende Haushaltsplan betrifft die Feuerversicherungsanstalt. Nach der Neuorganisation dieser Anstalt ist die Versicherungsanstalt in einem erfreulichen Aufschwunge begriffen. Die Personalorganisation an der Zentralstelle ist längst durchgeführt. Sie haben im vorigen Jahre die nötigen Personaländerungen ja schon bewilligt. Die Änderung in der Lokalverwaltung ist auch zum Teil durchgeführt. Es haben Versammlungen in jedem Kreise stattgefunden. Die Vereinbarungen sind mit den Bürgermeistern usw. getroffen. Meine Herren! Wir haben jetzt im Kuratorium auch beschlossen, für die Kreise Saarbrücken, Merzig und Ottweiler eine Art Lokalverwaltungsstelle, eine Art Subdirektion mit besonderem Personal und besonderen Beamten zu gründen, damit die Verbindung zwischen den Versicherten und der Stelle, die die Verträge abschließt, erleichtert wird; und wir denken, in derselben Weise auch für den Industriebezirk vorzugehen und vielleicht in Essen oder sonstwo eine weitere Art Subdirektion zu bilden.

Meine Herren! Der Versicherungsbestand ist im Laufe der letzten beiden Jahre ziemlich durchgearbeitet worden, wenigstens über die Hälfte ist bereits umgearbeitet. Meine Herren! Das Resultat dieser Neuorganisation und dieser regen Arbeit in der Feuerversicherungsanstalt ist das, daß wir auch einen Reingewinn von rund 700 000 Mark zu begrüßen haben. (Beifall.) Davon sind ja, wie ich sagte, 150 000 Mark für die Wasserleitungsangelegenheiten in den Zentral-Haushaltsplan aufgenommen worden. Meine Herren! Sie haben vor 2 Jahren für die Wasserleitungssachen ein Darlehen von 750 000 Mark bewilligt, das aus den Überschüssen der Sozietät verzinst und amortisiert werden soll. Diese Summe ist nun erschöpft, wir haben sie für etwa 160 Wasserleitungen ausgegeben. — Das Genauere bitte ich aus der Ihnen mitgeteilten umfangreichen Denkschrift zu entnehmen, — und ich darf wohl sagen, daß diese Einrichtung von allen Seiten mit Freude und Genugtuung begrüßt worden ist. Die Landkreise sind der Provinzialverwaltung besonders in den Gegenden, wo sie durch Typhus usw. in Mitleidenschaft gezogen worden sind, dankbar für das, was geschehen ist. Aber, meine Herren, es ist auf diesem Gebiete noch recht viel zu machen. (Sehr richtig!) Und wir kommen daher mit der Bitte, in diesem Jahre nochmals ein Darlehen von 500 000 Mark aufzunehmen und wiederum zu verzinsen aus den Überschüssen, die uns die Provinzial-Feuer-Sozietät abwirft. (Bravo!) Wir wissen zwar, daß wir auch damit lange nicht dem Bedürfnisse voll Rechnung tragen können, denn es sind ja bereits Anträge für viele Millionen Mark angemeldet, aber etwas geschieht, und wir hoffen, daß durch diese Bewilligung wenigstens der Sinn in den Gemeinden für die Einrichtung der Wasserleitung geweckt und gehoben wird. (Sehr richtig!)

Meine Herren! Wenn ich dann zum folgenden Haushaltsplan noch einiges sagen darf, — es ist der Haushaltsplan der Landesbank — so sind wir auf die Landesbank ebenso stolz wie auf die Landes-Feuerversicherungsanstalt. Auch da ist reges Leben und auch erspriessliches, erfolgreiches Leben. Meine Herren! Die Landesbank hat im vorigen Jahr ihr 50jähriges Bestehen in aller Stille und Ruhe gefeiert. Es ist damals der Leute gedacht worden, die die Landesbank

in die Höhe gebracht haben, der Herren Küster, Klein, Freiherr von Solemacher und des jetzigen Direktors der Anstalt, des Geheimrat Lohe. Meine Herren! Aus den kleinen Anfängen der alten Hilfskasse ist im Laufe der Zeit das größte Hypothekeninstitut des Westens herausgewachsen. Meine Herren! Ich darf, um nur einiges hervorzuheben, sagen: Die Landesbank hat jetzt Darlehen im Betrage von rund 360 Millionen, wenn es nicht — ich weiß es nicht, bereits schon etwas mehr geworden ist, — ausgegeben; und wie hoch das Vertrauen in die Landesbank ist, ergibt sich auch wohl daraus, daß wir nicht weniger als beinahe 140 Millionen fremder Wertpapiere in Verwaltung und Depot genommen haben.

Sie werden aus dem neuen Haushaltsplan ersehen, daß auch einige organisatorische Änderungen in der Anstalt für dieses Jahr in Aussicht stehen; wir wollen ein neues Effekten-Bureau einrichten zur Verwaltung der fremden Effekten und es wird auch beabsichtigt oder ist schon ausgeführt, die Einrichtung einer neuen Rechnungsführungskontrolle nach amerikanischem Muster.

Meine Herren! Auch auf anderen Gebieten hat die Landesbank nach Möglichkeit sich betätigt. Ich darf darauf hinweisen, daß gerade für die Wasserleitungssachen ebenso wie die Feuerversicherungsanstalt die Landesbank Darlehen zu billigem Zinsfuß in reichem Umfange begeben hat.

Ferner hat die Landesbank mit Zustimmung des Kuratoriums und des Provinzialausschusses sich bereit erklärt, wenn die Frage der Entschuldung des ländlichen Grundbesitzes wirklich an uns ernstlich herantreten sollte, hierfür einzutreten.

Meine Herren! Der Reingewinn der Landesbank hat ja, wie Sie aus den Vorlagen ersehen, im vorigen Jahr über 900 000 Mark betragen, wovon der weitaus größte Teil an die Zentralstelle geflossen ist. Ich sagte eben schon, für einen höheren Reservefonds werden wir bei dem Umfange, den die Geschäfte der Landesbank angenommen haben, unter allen Umständen Sorge tragen müssen.

Meine Herren! Zu dem folgenden Haushaltsplan „Taubstummenanstalten“ liegt dem Hause eine besondere Vorlage vor, die auf einen früheren Beschluß des Hauses sich gründet. Es ist gesagt worden: Die Taubstummenanstalten sollen alle auf acht Klassen gebracht werden. Das setzt natürlich voraus, daß wir zuerst die nötigen Gebäude aptieren und bauen. Es ist für die achte Klasse gesorgt in Neuwied und in Trier, wo wir aus laufenden Mitteln die Anstalten umgebaut haben, und es ist weiter die achte Klasse schon vorhanden in Köln; für die anderen Anstalten soll der Umbau in diesem Jahre vorgenommen werden, und das Haus wird gebeten, die Summe von 185 000 Mark für die Bauten zu bewilligen.

Zu dem Haushaltsplan der Blindenanstalten kann ich nur bemerken: Die Organisation dieser Anstalten ist zu einem gewissen Abschluß gekommen. Wir haben die Blindenanstalten in Neuwied und in Düren, welche der Fürsorge für die blinden Kinder dienen. Dank der Tätigkeit des Blindenvereins haben wir in Düren die große Werkstätte, in der erwachsene Blinde im Handwerk ausgebildet und in der ihnen die Möglichkeit einer Existenz geschaffen wird.

Endlich haben wir für die, die in der Welt mit ihrem Handwerk nicht fortkommen, auch wieder dank der Freigiebigkeit der Familie Schüller in Düren das Annaheim. So ist also von der Jugend bis zum Alter für die Blinden gesorgt. Ich glaube hier auf diesem Gebiete werden wir in den nächsten Jahren wenig mehr zu tun haben.

Ich darf noch dem besonderen Wohlwollen des Hauses die Vorlage empfehlen, in der für die Blindenlehrer, Taubstummenlehrer und die Lehrerinnen eine Gleichstellung der Gehälter mit den Gehältern in anderen Provinzen vorgeschlagen wird.

Meine Herren! Leider kann ich nicht mit derselben Genugtuung wie auf die Blindenanstalten auf unsere Hebammenanstalten zurückblicken. Wir haben deren jetzt zwei. Sie haben ja vor einigen Jahren die Mittel bewilligt für die Anstalt in Elberfeld. Diese Anstalt ist innerlich und äußerlich tadellos ausgefallen, es ist eine Freude sie zu sehen, und sie ist schon vielfach auch von anderen Provinzen aus besichtigt und zum Muster genommen worden. Meine Herren! Etwas anderes ist es — das muß ich hier hervorheben — mit der zweiten Anstalt, unserer Cölner Anstalt. Diese ist uns — ich sage das offen — über den Kopf gewachsen. Aus einer kleinen Anstalt ist daraus geworden eine Entbindungsanstalt für die Stadt Cöln und zugleich eine Lehranstalt für Hebammen. Meine Herren! Räumlich reicht die Anstalt nicht aus, und sie entspricht auch nicht den Anforderungen, die heutigen Tages in hygienischer Beziehung an eine solche Anstalt gestellt werden müssen. Es ist in den letzten Jahren alles geschehen, um in dieser Hinsicht zu bessern, zu machen, was möglich ist, es sind Baracken gebaut und Häuser angemietet worden, aber auf die Dauer reicht dies nicht; die Königliche Staatsregierung hat wiederholt schon darauf hingewirkt, die Anstalt in einer anderen Weise einzurichten, eine andere an die Stelle zu setzen.

Meine Herren! Das läßt sich natürlich nicht von heute auf morgen machen, da die Anstalt ja in der Stadt liegen soll, und wir unseren Grundbesitz zunächst auch dort verwerten müssen. Aber es wird kommen, vielleicht schon im nächsten Jahre, daß wir uns mit dem Gedanken entweder des Umbaues, wenn der überhaupt möglich ist, oder der Neuschaffung einer Anstalt befunden müssen.

Eins möchte ich nur mit Rücksicht auf Prozesse, die ja in der Stadt Cöln vor der dortigen Strafkammer geschwebt haben, hervorheben: Die Vorwürfe, die der Cölner Anstalt von einem früheren Arzte der Anstalt gemacht worden sind, sind vollständig unberechtigt gewesen. Das Erkenntnis der Strafkammer spricht es ausdrücklich aus, daß die Anstalt tadellos geleitet ist, daß irgendwelche Mißstände, soweit sie nicht durch den Bau usw. gegeben sind, nicht zu konstatieren seien, daß alles das, was der Anstalt vorgeworfen wurde, nur in der Phantasie desjenigen besteht, der die Strafflage gegen den Direktor in Cöln angestrengt hat. Das möchte ich hier zu Ehren des Direktors der Anstalt und auch zu Ehren der Provinzialverwaltung sagen! Es ist nichts versäumt worden in der Anstalt. Aber ultra posse nemo tenetur, die Anstalt entspricht nicht den heutigen Anforderungen.

Meine Herren! Dann darf ich wohl noch zum Fürsorge-Haushaltsplan einiges sagen. Ich habe ja eben schon ausgeführt, daß die Zahl der Fürsorgezöglinge eigentlich unberechenbar ist, daß sie uns die größten Rätsel vorlegt. Wir nehmen eine bestimmte Summe an: auf einmal ist es eine viel höhere, eine ganz andere. Meine Herren! Wir haben einen Haushaltsplan für die Fürsorgeerziehung von 1 242 000 Mark in diesem Jahre, ein Plus von 213 000 Mark, wovon allerdings die Provinz, wie ich ja schon bemerkte, nur $\frac{1}{3}$ zu tragen hat. Meine Herren! Wir gehen jetzt in das neue Jahr mit rund 4400 — vielleicht sind es noch mehr — Zöglingen hinein, und wie wir aus dem Jahr herauskommen, ist nicht abzusehen. Meine Herren! Das ist nun einerseits ein recht erfreuliches Zeichen. Es ist ein Zeugnis dafür, daß die Lokalbehörden das Gesetz in dem Sinne auffassen, in dem es erlassen ist, daß sie die Kinder von der Straße weg in eine ordentliche Erziehung bringen und zu ordentlichen Menschen bilden wollen. Und von dem Gesichtspunkte aus hat auch die Provinzialverwaltung die Fürsorgeangelegenheiten behandelt und bearbeitet. Wir wehren uns nicht, die Kinder zu nehmen, wir nehmen sehr viele, von denen wir uns eigentlich sagen: Durch Beschwerden usw. könnten wir sie uns vom Halse schaffen

und dem Ortsarmenverband zuweisen. Wir sagen uns aber: „Nehmen wir die Kinder jetzt nicht — denn immer liegt ja, wenn so ein Beschluß gefaßt wird, etwas in der Familie vor —, dann haben wir sie nach 2 bis 3 Jahren, und dann ist nichts mehr mit den Kindern zu machen.“ Also besser sie ein Jahr früher nehmen als ein Jahr später. Der Kostenpunkt, wie gesagt, hat uns in Anbetracht der Wichtigkeit des Gesetzes wirklich nicht gehindert, vorzugehen. Aber die Sache hat doch eine Schattenseiten: Wo sollen wir auf die Dauer mit den Kindern bleiben? Die Kinder, die noch schulpflichtig sind, die noch ziemlich unverdorben sind, die wir etwa bei einem Handwerker unterbringen können, machen uns nicht diese Sorge, die Sorge machen uns die Bengels, die über 18 Jahre alt sind, die 19, 20jährigen, die Sorge machen uns die Mädchen, die sich von einem Haus zum anderen getrieben haben, und die wir nun auf einmal dort versorgen sollen.

Meine Herren! Das ist eine Aufgabe, die bei der Zahl, wie wir sie jetzt haben, kaum zu erfüllen ist. Wir haben uns genötigt gesehen, den „guten Hirten“ in Anspruch zu nehmen, und so unbequem, wie uns das auch ist, wir haben eine besondere Abteilung in Freimersdorf, vormalig Brauweiler genannt, eingerichtet, um die Schlimmsten dieser Sorte dort unterzubringen, und wir machen daraus gar kein Hehl: Es sind dort jetzt über 200 Böglinge untergebracht, obwohl wir es nur schweren Herzens tun; denn es bleibt immer an den Personen, wenn sie in ihren Papieren stehen haben, daß sie in „Brauweiler gewesen“, etwas hängen. Aber in der Not frißt der Teufel Fliegen. Wir haben nichts, wir wissen nicht, wo wir sie unterbringen sollen. Sie haben im Vorjahre die neue Anstalt Fichtenhain bewilligt, sie wird uns ja 1906 eine gewisse Erleichterung schaffen, wir werden aus Brauweiler vielleicht 180 bis 200 Mann herüber bringen, aber ein geringer Teil wird noch in Brauweiler bleiben müssen. Es ist mir immer fraglich gewesen, ob das Gesetz nicht einen Fehler begangen hat, wenn es Jungen, die Diebstahl, Raub, Brandstiftung begangen haben, und Frauenzimmer, die überhaupt verloren sind, uns noch mit 18 oder 19 Jahren zur Erziehung überweist. (Sehr wahr!) Meiner Meinung nach können wir diese Personen überhaupt nicht mehr erziehen. Wir müssen sie einfach festhalten, von der Menschheit fern halten, bis sie nach dem 21. Jahr wieder losgelassen werden. Ich weiß nicht, ob die Auffassung allenthalben gebilligt wird; ich habe persönlich das Gefühl: Wir können mit diesen Personen nur noch wenig machen. (Sehr richtig!)

Meine Herren! Ich darf dann noch einige Worte über den Haushaltsplan der Heilanstalten verlieren. Da kann ich sagen: Die alten Anstalten, die wir haben, sind gut in Ordnung, sie werden von den Direktoren gut geleitet und sie brauchen für dieses Jahr keinen höheren Zuschuß. Wir unterhalten durch höhere Belegung und höhere Einnahmen die Anstalten ohne neuere Anforderungen. Meine Herren! Die älteren sind beinahe sämtlich umgebaut, es werden jedoch noch zwei Jahre vergehen, ehe alle Anstalten soweit sind. Die Mittel haben Sie ja schon längst zur Verfügung gestellt. Sie dürfen sich nicht wundern, daß das nicht in einem oder zwei Jahren zu machen ist. Die Anstalten sind belegt bis zum letzten Platz, und wir können den Umbau nur immer stückweise machen, wir müssen einen Flügel leeren, und die Kranken anderwärts unterbringen, und dann erst kann gebaut werden. Daher verzögert sich die Sache unliebsam über Jahre hinaus. Die neue Anstalt in Süchteln wird ja jetzt im Frühjahr bezogen werden können. Ich kann den Herren nur die Bitte vortragen, sich gelegentlich die neue Anstalt anzusehen; sie verspricht das zu werden, was der Landtag von ihr erwartet hat.

Wir haben in den Anstalten etwa 4400 Personen untergebracht. Aber damit ist die Zahl aller unserer Pflöglinge nicht erschöpft, wir haben noch weitere 6000 unterzubringen und untergebracht, und zwar nicht in den Provinzialanstalten, sondern in Anstalten, die durch Vertrag uns

zur Verfügung gestellt sind. Wir haben in Trier, Neuß, Crefeld, Waldbroel, St. Thomas usw. derartige Anstalten gewonnen. Meine Herren! Das hat aber auch manche Bedenken. Wir bringen dort nicht die Heilbaren, sondern nur die Pfleglinge unter, und von diesen werden die unruhigen, die unbequemen Elemente von den Anstalten nur ungern genommen, sie werden vielfach zurückgewiesen. Dazu kommt, daß diese Anstalten immer bestrebt sind und vielleicht auch bestrebt sein müssen, ihre Verpflegungsgebühren zu erhöhen. Meine Herren! Sind das nur 10 oder 20 Pfennig pro Kopf und Tag, dann macht das im Haushaltsplan bei den 6000 Personen, die wir so untergebracht haben, Hunderttausende aus. Ob wir auf die Dauer mit den Pflegeanstalten in dieser Weise auskommen können, das ist doch fraglich. Wir können jetzt schon zeitweise, wie gesagt, die schlimmen, die unruhigen Elemente nicht unterbringen, und es fragt sich, ob es nicht auf die Dauer doch für uns rentabler ist, eine eigene Pflegeanstalt zu gründen.

Meine Herren! Der folgende Haushaltsplan betrifft das Landarmenwesen. Hierzu habe ich eben schon bemerkt: Infolge einer sehr genauen Kontrolle und vor allem infolge der auch schon früher in den achtziger Jahren einmal üblich gewesenen Kontrolle an Ort und Stelle ist es gelungen, den Haushaltsplan ohne weiteren Zuschuß zu balanzieren.

Für die erweiterte Armenpflege ist uns das nicht gelungen. Wir haben da die Summe von 47 000 Mark, wie ich eben bemerkte, aus den Gründen, die ich schon ausgeführt habe, einsetzen müssen. Meine Herren! Mit diesen beiden Haushaltsplänen hängt Brauweiler zusammen. Diese Anstalt in Brauweiler ist ja eigentlich nur für 1250 Köpfe berechnet, aber es ist eine sehr elastische Anstalt. Wir können auch, dank der Geschicklichkeit des Direktors, wenn es sein muß, 1500 unterbringen und — so viele sind jetzt auch dort — die Anstalt ist innerlich und äußerlich in Ordnung, sie ist reinlich, und es wird auch versucht, in erzieherischer Weise durch den Direktor, die Beamten und die Geistlichen auf die Leute einzuwirken.

Meine Herren! Wir haben da einen Mehrbedarf von 40 000 Mark. Aber wir decken ihn aus den eigenen erhöhten Einnahmen der Anstalt, aus dem Arbeitsbetriebe, der Landwirtschaft, usw. Meine Herren! Die Art und Weise, wie die Leute dort beschäftigt werden, macht die Anstalt wirklich einer Beschäftigung wert. Wir haben, abgesehen von den gewöhnlichen Handwerken, die dort sind, vor allem jetzt auch eine große Wäscherei, die bis zu 800 Kunden aus Cöln und Düsseldorf versorgt. Wir haben Buchdruckerei, Photographie, kurz alles Mögliche eingeführt, und dadurch erklärt es sich auch, daß wir ohne bedeutende weitere Zuschüsse existieren können.

Über das Landarmenhaus Trier brauche ich eigentlich nichts zu sagen, das ist ein Kind gegenüber Brauweiler und erhält sich aus den Stiftungsgeldern selbst. Es wird nur in der nächsten Zeit etwa um 120 Köpfe geleert werden, nämlich um die Epileptiker, die wir dort haben und die wir beim Beginn des Frühjahrs nach Süchteln transferieren.

Meine Herren! Nun noch zur Straßenverwaltung! Sie haben in den letzten Jahren, als sich herausstellte, daß durch Frost, durch Wind und Schnee größere Anforderungen an die Straßenverwaltung gestellt werden mußten, als sich herausstellte, daß Brücken ergänzt, erneuert, Straßen verlegt, Großpflaster und Kleinpflaster in größerem Umfange angelegt werden mußte, vier Anleihen, ich glaube von 5 oder 6 Millionen Mark zur Verfügung gestellt. Meine Herren! Drei dieser Anleihen sind jetzt verwandt, wir haben noch für fünf bis sechs Jahre 400 000 Mark jährlich für Pflasterung zur Verfügung.

Meine Herren! Diese Anleihen hatten nun zur Folge, daß zunächst die Einnahmen in die Höhe gingen. Aus den Anleihen wurden die betreffenden Beträge für jedes Jahr in den Haushaltsplan eingesetzt. Das hört ja nun für die Zukunft aus. Aber auf der anderen Seite,

wachsen infolge der Anleihen die Ausgaben in den nächsten Jahren nicht unbeträchtlich, weil ja nun die hohen Zinsen und Amortisationsquoten aufgebracht werden müssen, meine Herren, da wird es nun Aufgabe der Straßenverwaltung sein, dafür zu sorgen, daß wir diese Zinsen und Amortisationsbeträge aus den laufenden Mitteln decken ohne besondere Provinzialzuschüsse. (Sehr richtig!) Für dieses Jahr ist das gelungen, und wir hoffen auch, daß das im nächsten Jahr wohl gelingen wird. Aber, meine Herren, eins ist unbedingt nötig bei der Straßenverwaltung: Wir müssen uns hier einen Reservefonds schaffen, den wir jetzt entbehren, (Sehr richtig!) und in dieser Beziehung liegt dem hohen Hause ja eine Vorlage vor über die Verwendung von Ersparnissen bei der Straßenbauverwaltung. Wenn wir keinen Reservefonds haben, dann kann uns das passieren, was uns früher passiert ist, daß in einem einzigen Frostjahr uns für eine halbe Million Reparaturen auf den Straßen entstehen, und daß wir gleich wieder zur Anleihe übergehen müssen. Das möchten wir doch nach Möglichkeit vermeiden. Ich möchte also diese Vorlage, die zum Teil ja auch der Initiative der III. Fachkommission des vorigen Jahres entsprungen ist, Ihrem Wohlwollen empfehlen. (Beifall.)

Meine Herren! Noch einen Punkt aus der Straßenverwaltung: Die Vorausleistungen! Meine Herren! Hier stehen 120 000 Mark im Haushaltsplan — wir werden sie ja auch voraussichtlich einnehmen, — aber bequem für die Provinzialverwaltung sind die beiden Gesetze über die Vorausleistungen nicht. (Sehr richtig!) Wir müssen die Gesetze aber nun einmal durchführen, und wir tun es mit möglichster Schonung und mit möglichstem Entgegenkommen. Aber es ist schwer, zunächst diejenigen, die von dem Vorausleistungsgesetz betroffen werden, an den Gedanken, daß sie für Straßenbenutzung noch etwas besonderes bezahlen müssen, zu gewöhnen. Ohne Klage geht die Sache nicht ab. Wir haben eine Reihe von Klagen anstrengen müssen, sie sind aber zum größten Teil — ich glaube bis auf 12 oder wieviel es sind — im Wege des Vergleichs erledigt. Wir hoffen, daß in Zukunft auch dieses Gesetz sich mehr einbürgert und daß dann das Odium, das der Provinzialverwaltung zur Last fällt, sich etwas verringert.

Meine Herren! Es gibt nun 3 Unter-Haushaltspläne zum Wegebau-Haushaltsplan: Der Neubau-Haushaltsplan, zu dem ich nichts bemerken möchte, der Kleineisenbahn-Etat und der Kommunalwegebau-Etat.

Bezüglich des Kleineisenbahn-Haushaltsplans liegt Ihnen eine besondere Vorlage vor. In letzter Zeit sind recht zahlreiche Vornotierungen und Anmeldungen für Kleinbahnen erfolgt. Ich darf z. B. darauf hinweisen, daß für die Kreise Kirn, Berncastel und Wittburg im ganzen 10 Millionen — so viel sind es, glaube ich — angemeldet sind. Natürlich kann diese Summe in der angemeldeten Höhe ja garnicht bewilligt werden. Aber die zahlreichen Anmeldungen nötigen uns doch, Fürsorge zu treffen, daß wir Mittel zur Unterstützung des Kleinbahnwesens zur Verfügung haben. Wir haben bisher 21 Millionen gehabt, von denen 19 ja darlehnsweise ausgegeben sind. Mit der 1 Million und den Rückzahlungen, die ja erfolgen, können wir den Anforderungen, die das nächste Jahr bringen wird, nicht genügen. Wir müssen daher bitten, uns zu ermächtigen, den Kleinbahnfonds je nach Bedarf um etwa 5 Millionen Mark zu erhöhen; eine Vorlage in dieser Beziehung liegt ja dem hohen Hause vor.

Auch der letzte Haushaltsplan der Straßenbauverwaltung, der Kommunalwegebau-Etat, verdient einige Worte. Wir haben zwei Fonds in diesem Haushaltsplan, den A-Fonds von 100 000 Mark — ich nenne ihn den Reparaturfonds — und den Fonds B von 250 000 Mark. Das ist aber auch alles, was wir für den Kommunalwegebau in dem Haushaltsplan stehen haben, während die Anforderungen kolossal groß sind.

Ich bitte hier nur einen Blick in den Haushaltsplan zu werfen. Bei diesem Unterhaushaltsplan ist am Rand das nötige Zahlenmaterial angegeben. Glücklicherweise hat die neue Dotation uns hier etwas unterstützt. Sie werden aus dem Unter-Stat ersehen, daß 1902 aus der Dotation 120 000 Mark, 1903 188 000 Mark, 1904 157 000 Mark und 1905 120 000 Mark noch besonders gegeben worden sind oder noch gegeben werden. Aber diese Summe genügt doch eigentlich den Anforderungen gegenüber kaum. Wir hoffen, daß im nächsten Jahre wenn das neue Reglement für die Nachtragsdotations zu machen ist — es ist ja auf drei Jahre gemacht und wird in diesem Jahre zum letzten Mal benutzt, — die Dotation in einer anderen Weise verteilt werden kann und daß aus der Dotation ein größerer Fonds zur Verstärkung des Wegebauwesens reserviert wird. (Sehr richtig!)

Meine Herren! Zu dem Haushaltsplan „Landwirtschaft“ habe ich eben schon gesagt, daß wir für den Rotweinbau und für einige Schulen etwa 20 000 Mark mehr nötig haben. Ich möchte hierzu nur eins noch bemerken. Unsere Weinbauschulen haben sich jetzt, nachdem die Internate eingerichtet sind, vollkommen bewährt, sie sind hinreichend besucht; die Kurze, die dort abgehalten werden, haben Anklang gefunden und, worauf der Ausschuß vor allem Gewicht legt, die Direktoren und die Lehrer der Anstalten haben in den Weinbautreibenden Kreisen, in den Winzereisen sich Vertrauen erworben. Sie werden zu Gutachten, zur tätigen Mitarbeit gerne und freudig herangezogen, und damit ist eben ein besonderer Vorzug der Anstalten gewonnen worden.

Meine Herren! Der Landwirtschafts-Haushaltsplan gibt mir noch zu einer kurzen Bemerkung Veranlassung. Es ist den Herren ja bekannt, daß der Herr Minister für Domänen und Forsten eine Denkschrift über das landwirtschaftliche Winterschulwesen veröffentlicht hat, in der die Klage erhoben worden ist, daß seitens der Provinzen für das Winterschulwesen nur minimales geschieht sei. Die Rheinprovinz kommt in dieser Denkschrift von allen Provinzen am besten weg. Es wird ausdrücklich da hervorgehoben, daß die Rheinprovinz ihre Aufgabe in dieser Beziehung in einer anderen Weise aufgefaßt habe wie die östlichen Provinzen. Aber es wird doch die Herren vielleicht interessieren, kurz zu erfahren, was denn die Provinz für Winterschulen bekommen hat und, was sie aufwendet. In der Dotation steht für Winterschulen die kolossale Summe von 12400 Mark und die Provinz zahlt allein für Winterschulen 85200 Mark, für Pensionen usw. ihrer Direktoren und Lehrer 22167 Mark, für die Schulen in Cleve und Bitburg 10500 Mark, für die Pensions-Haushaltspläne Cleve-Bitburg 8300 Mark, für Weinbauwanderlehrer 6850 Mark, für die Inspektoren 4000 Mark und für die Winterschulen 42000 Mark, zusammen 178517 Mark. Also, meine Herren, gegenüber der Dotation von 12000 Mark konnte man uns auch wirklich nicht den Vorwurf machen, daß wir zu wenig im Laufe der Jahre für die Winterschulen getan hätten.

Meine Herren! Nun komme ich zu einem stiefmütterlich bedachten Haushaltsplan: „Kunst und Wissenschaft.“ Wir haben eigentlich nichts neues in den Haushaltsplan eingesetzt, obwohl die Summen, die dort stehen, nicht erschütternd sind. Früher hat in diesem Haushaltsplan noch eine andere Summe gestanden, nämlich da standen noch 22000 Mark für das Denkmälerarchiv. Diese 22000 Mark sind aus dem Haushaltsplan seit einigen Jahren verschwunden, und dem Ständefonds zugeteilt worden; infolgedessen ist der Haushaltsplan etwas mager gegen frühere Jahre.

In den Haushaltsplan für die Provinzialmuseen haben wir nur 4300 Mark mehr eingestellt. Das sind aber lediglich die normalmäßigen Gehaltserhöhungen der Beamten, 1000 Mark für weitere Ausgrabungen, 1000 Mark für kleinere Ankäufe und ich glaube noch 300 oder 400 Mark, ich weiß es momentan nicht, Reisegeelder für die Direktoren, im ganzen 4300 Mark.

Dieser Unter-Haushaltsplan ist seit vielen Jahren stabil geblieben. Wir werden auf die Dauer, wenn die großen Ausgrabungen an uns heran treten, hier doch noch etwas mehr tun müssen.

In der besonderen Besoldungsvorlage ist nun das Gehalt der Direktoren dieser Schulen erwähnt. Wir haben gebeten, das Gehalt der Direktoren entsprechend den heutigen Verhältnissen zu erhöhen. Die Direktoren dieser Museen beziehen heute ein Gehalt, das dem der Landessekretäre gleichsteht, während sie ihrer ganzen sozialen und wissenschaftlichen Stellung nach doch wenigstens den Archivbeamten und den Gymnasialdirektoren gleichgestellt werden müßten.

Meine Herren! Zum Gewerbe-Haushaltsplan darf ich bemerken: Hier sind nur die 6000 Mark, die ich schon hervorgehoben habe, mehr eingestellt. Es stehen jetzt hier im Haushaltsplan — ich glaube — 134000 Mark, während vor 15 Jahren von einem Gewerbe-Haushaltsplan noch nicht die Rede war.

Damit hätte ich ja die einzelnen Haushaltspläne wohl durchgegangen, nur noch eine Position möchte ich doch nicht unerwähnt lassen, und das ist der Ständefonds.

Meine Herren! Der Ständefonds hat früher 120 000 Mark betragen, und es war der Stolz der Provinz, daß aus diesem Fonds in hervorragender Weise der Denkmäler der Altvorderen gedacht, die Kirchen, Denkmäler und Burgen unterhalten werden konnten. Vor 2 Jahren war der Ständefonds um 30 000 Mark vermindert, beziehungsweise auf 90 000 Mark herabgesetzt worden. Dann sind die 22 000 Mark für das Denkmäler-Archiv, wie ich eben erwähnte, auch auf den Ständefonds gelegt worden, sodaß wir jetzt anstatt 120 000 Mark in Wirklichkeit nur einen Betrag von 68 000 Mark im Ständefonds haben. Für dieses Jahr ist der Ständefonds durch Mehrverpflichtungen, die von dem Landtag vor 2 Jahren eingegangen sind, noch mit 30 000 Mark in Anspruch genommen, was zur Folge hat, daß wir in diesem Jahre nur 30 000 Mark übrig haben. Auf diese 30 000 Mark verteilen sich die 8 Anträge auf Bewilligung von Beihilfen, welche in der Drucksache Nr. 12 einzeln aufgeführt sind. Der Provinzialausschuß bittet dringend, für die Herstellung und Unterhaltung des altherwürdigen Domes in Wehlar den Ständefonds für die nächsten 5 Jahre aus den Überschüssen der Landesbank um 20 000 Mark jährlich zu erhöhen, denn ohne eine derartige Erhöhung müssen wir von dem Werke der Unterstützung und Herstellung dieses Domes ja vollständig Abstand nehmen und hiermit würde auch eine Reihe von Zusicherungen, die von anderer Seite gemacht worden sind, hinfällig werden. Ich glaube auch wohl der Hoffnung Ausdruck geben zu dürfen, daß in Zukunft, wenn unsere Finanzverhältnisse sich einmal wieder gebessert haben, der Ständefonds auf die alte Höhe heranwachsen wird, damit wir dann aus ihm die Herausgabe des Werkes „Kunstdenkmäler der Rheinprovinz“, die für die romanischen Denkmäler ja in diesem Jahre, Dank der Unterstützung von Herren der Stadt Köln, erfolgt, auch für die gotischen Denkmäler weiter durchführen können. (Beifall.)

Meine Herren! Ich hoffe, daß Sie aus dieser kurzen Zusammenstellung die Hauptpunkte, die die Provinzialverwaltung noch bewegen und Gegenstand ihrer Sorge sind, entnommen haben. Meine Herren! Wir sind im Provinzialausschuß nicht stehen geblieben, wir haben uns bemüht, die Interessen der Provinz nach allen Seiten zu vertreten und die uns anvertrauten Ressorts nach Kräften zu heben. Meine Herren! Es begreift das aber auch in sich, daß wir das Auge nicht verschließen, wo es sich um offenbare Mißstände handelt, und von dem Gesichtspunkt aus habe ich auch gar kein Hehl daraus gemacht, daß wir auf unsere Hebammenlehranstalt in Köln nicht sehr stolz sein können und daß wir in Zukunft auch vielleicht bei der einen oder anderen Anstalt die bessernde Hand anlegen müssen.

Ich hoffe mit dem Ausschuß, daß der Provinziallandtag uns in der Erfüllung dieser Aufgaben nicht im Stiche lassen und uns die Mittel, die im Laufe der nächsten Jahre für diese Aufgaben nötig sind, zur Verfügung stellen wird.

Meine Herren! Prüfen Sie den Ihnen vorgelegten Haushaltsplan und die Denkschriften aufs peinlichste und gewissenhafteste. Ich glaube, Sie werden dem Ausschusse zustimmen, wenn er Ihnen sagen läßt: es ist nur das hineingestellt worden, was hineingestellt werden mußte; wir sind in keiner Weise verschwenderisch oder sorglos zu Werke gegangen. (Lebhafter anhaltender Beifall.)

Stellvertretender Vorsitzender Freiherr von Schorlemer-Lieser: Meine Herren! Ich eröffne nunmehr die Diskussion und gebe das Wort Herrn Fritzen.

Abgeordneter Fritzen: Meine Herren! Nach den ausführlichen und gründlichen Darlegungen des Herrn Landeshauptmanns bleibt mir nur übrig, eine kurze Erwiderung darauf zu geben. Denn es ist doch gewissermaßen eine Anstandspflicht, daß wir diese gründlichen Darlegungen hier nicht klanglos verhallen lassen, sondern daß auch aus dem Schoße des Provinziallandtages heraus einige Worte zu diesem Haushaltsplan gesprochen werden.

Meine Herren! Der Haushaltsplan steht unter der Signatur einer Steuererhöhung, allerdings nur um $\frac{1}{2}$ Prozent. Der Herr Landeshauptmann hat nach meiner Auffassung zutreffend nachgewiesen, daß diese Steuererhöhung nicht zu umgehen ist, und ich kann mich in dieser Beziehung seinen Darlegungen nur anschließen. Meine Herren! Dieses $\frac{1}{2}$ Prozent ist ja auch nicht das Bedenkliche in der Sache. Das Bedenkliche ist, daß wir schon seit mehreren Jahren in Bezug auf den Steuerfuß in einer aufsteigenden Richtung uns befinden, und bedenklich ist ferner, daß alle die Posten, welche in diesem Jahre zur Steuererhöhung Anlaß gegeben haben, eine steigende Tendenz besitzen und voraussichtlich auch für die nächsten Jahre noch in höherem Maße als heute auf den Haushaltsplan drücken werden. Die Posten sind ja hauptsächlich: die neue Anstalt Johannissthal, Abschreibungen auf maschinelle Anlagen, erweiterte Armenpflege, Fürsorgeerziehung und Verzinsung der Anleihen. Meine Herren! Ich glaube, daß alle diese Posten in den nächsten Jahren noch viel schwerer den Haushaltsplan belasten werden, als in diesem Jahre.

Nehmen Sie z. B. die Fürsorgeerziehung. Wir sind noch lange nicht im Beharrungszustand. Die Zahl der Fürsorgezöglinge — das hat der Herr Landeshauptmann auch anerkannt — wächst zusehends. In diesem Jahre ist das Plus im ganzen über 200 000 Mark, wovon $\frac{1}{3}$ mit 67 000 Mark dem Provinzialverbande zur Last fallen. Im kommenden Jahre wird voraussichtlich etwa ein gleiches Plus erforderlich werden. Dazu brauchen wir ja nach dem uns vorliegenden Referat eine neue Anstalt für schulentlassene männliche Zöglinge der Fürsorgepflege, und so ist mit Sicherheit vorauszusehen, daß dieser Posten auch in den nächsten Jahren in bedeutend größerer Höhe als in diesem Jahre wiederum auf dem Haushaltsplan lasten wird.

Meine Herren! Dann kommt ferner die erweiterte Armenpflege. Auch hier sind wir m. E. noch lange nicht am Ende unserer Ausgaben angelangt. Schon heute sieht der Haushaltsplan für diesen Zweck eine Summe von 1 157 000 Mark vor, eine Mehrausgabe von 47 000 Mark. Die Mehrausgabe ist nicht abzuweisen. Sie beruht auf statistischen Nachweisen über die Zahl der Kranken, Idioten usw. Aber dieselben statistischen Verhältnisse lassen uns erkennen, daß es mit dieser Mehrausgabe nicht abgeschlossen ist, sondern daß wir auch in den folgenden Jahren jedesmal ähnliche Mehrausgaben haben werden, welche vielleicht wiederum zur Erhöhung der Umlage führen müssen.

Meine Herren! Ich mache noch auf eine Position aufmerksam: auf das Landarmenwesen. In diesem Jahre hat die Position glücklicherweise und ich sage auch ausnahmsweise einer Erhöhung

nicht bedurft. Ich erinnere mich aus meiner früheren Praxis nicht, daß jemals ein Jahr gewesen ist, wo diese Position nicht erhöht werden mußte. Wenn sie nun auch in diesem Jahre nicht erhöht zu werden braucht, so folgt daraus nicht, daß es so bleiben wird. Meine Herren! Wir können nicht annehmen, daß mit der jetzigen Position von 1 605 000 Mark nun ein für allemal die Kosten der Landarmenpflege befriedigt werden. Die Kosten der Landarmenpflege richten sich ja vielfach nach den gewerblichen Konjunkturen. Sie sind steigend und müssen steigend sein wegen des jedes Jahr hinzutretenden Bevölkerungszuwachses. Allein dieser Bevölkerungszuwachs, der ja gerade in der Rheinprovinz sehr groß ist, wird auch notwendigerweise eine Vermehrung der Landarmenkosten herbeiführen. Es kommt alles darauf an, wie der Herr Landeshauptmann auch betont hat, daß in der Verwaltung mit Sorgfalt die einzelnen Fälle geprüft werden, und daß man mit der Anerkennung der Landarmenqualität nur dann vorgeht, wenn die Beweise unbedingt und strikt erbracht sind. Meine Herren! Ich glaube, daß man in dieser Beziehung auf die Herren in der Verwaltung vollständig vertrauen darf. Fragen Sie nur herum bei den Gemeinden und bei den Kommunen, dann werden Sie hören, daß das Verfahren der Provinzialverwaltung in dieser Beziehung mehr deshalb beklagt wird, weil es zu streng, zu bürokratisch ist, als deshalb, weil es vielleicht zu lax wäre.

Nun, meine Herren, kommt ein Posten, der neu eingestellt ist. Das ist die Abschreibung von 60 000 Mark auf maschinelle Anlagen. Wir haben gehört, daß der Wert der Maschinen in den Anstalten zwischen 3 und 4 Millionen Mark beträgt. Diese Abschreibung von 60 000 Mark ist also nur $1\frac{2}{3}$ Prozent des Wertes. Das ist sehr wenig. In industriellen Betrieben wird überall 10 Prozent abgeschrieben. Wenn ich nun auch annehmen will, daß unsere maschinellen Anlagen mit den Anlagen in eigentlichen Industriebetrieben nicht unbedingt in Parallele gestellt werden können, weil ja unsere Betriebsanlagen nicht so regelmäßig, nicht so oft und nicht so durchgehend die ganzen Tage gebraucht werden, so ist doch — das liegt auf der Hand — ein Betrag von $1\frac{2}{3}$ viel zu wenig, und ich bin fest überzeugt, daß wir in den nächsten Jahren mindestens auf eine Abschreibung von 5 % kommen werden und kommen müssen.

Nun, meine Herren, ein anderer Posten, der ein Plus hervorgerufen hat, ist die Verzinsung der Anleihen. Es liegt heute ein Plus von 42 000 Mark vor, denn die ganze Anleihe, die 8 000 000 Mark beträgt, wird jetzt bloß mit 1 470 000 Mark gegen 1 050 000 Mark im Vorjahre verzinst und amortisiert. Dieser Betrag wird auch mit der Zeit wachsen; wenn die Anleihe einmal ganz ausgegeben und ganz zu verzinsen und zu amortisieren ist, dann werden 400 000 Mark erforderlich werden, und so können wir mit Sicherheit annehmen, daß auch dieser Posten steigen wird.

Also, meine Herren, ich kann nicht in die frohe Hoffnung des Herrn Landeshauptmanns einstimmen, daß mit diesem Jahre die Erhöhungen der Umlage ihren Abschluß erreicht haben. Im Gegenteil, ich möchte beinahe die Befürchtung aussprechen, daß wir in wenigen Jahren weitere Erhöhungen vornehmen müssen, wenn nicht eine ganz erhebliche Steigerung der Staatssteuern eintreten und infolgedessen auch unsere Umlage in einem gleichen Prozentsatz steigen wird. Das ist ja allerdings richtig: Die direkten Staatssteuern, nach welchen unsere Umlage erhoben wird, haben auch eine steigende Tendenz. Sie schwanken ja auch mit der auf- und absteigenden Konjunktur; aber im allgemeinen nimmt der Wohlstand zu, infolgedessen werden auch die direkten Staatssteuern regelmäßig höher werden, und so können wir hoffen, daß wir vielleicht, wenn die Staatssteuern ganz erheblich in die Höhe gehen, in den nächsten Jahren mit dem gleichen Prozentsatz auskommen.

Meine Herren! Die Provinzialverwaltung ist in allen diesen Beziehungen nicht so glücklich gestellt wie die Städte. Die Städte haben das Recht, auch indirekte Steuern zu erheben. Sie

erheben Biersteuer, sie erheben Umsatzsteuer, sie erheben Wertzuwachssteuer usw.; die Städte sind im Besitz großer industrieller Betriebe, sie haben Straßenbahnen, sie haben Wasserleitungen, Gasanstalten und elektrische Anlagen, welche alle nicht nur eine Verzinsung, sondern vielfach auch eine große Dividende abwerfen und imstande sind, das Budget der Stadt ganz erheblich zu erleichtern. Das hat die Provinz nicht. Was wir in dieser Beziehung haben, ist unsere Landesbank, die sowieso schon ganz erhebliche Summen an den Zentral-Haushaltsplan abliefern, und unsere Provinzial-Feuerversicherung. Wie das jetzige Statut ist, sind wir ja leider nicht in der Lage, die Reinerträge der Provinzial-Feuerversicherung für unsere Zwecke zu verwenden. Nach dem jetzigen Statut müssen sie verwendet werden zum Reservefonds oder zur Minderung der Versicherungsprämien oder für gemeinnützige Zwecke, welche mit der Feuerversicherung in irgend einer Beziehung stehen. Hoffentlich wird es dem Herrn Landeshauptmann gelingen, in den nächsten Jahren eine Abänderung des Statuts herbeizuführen, so daß wir auch in dieser Beziehung etwas freier gestellt sind.

Meine Herren! Ich erlaube mir, nachdem ich dieses hinsichtlich der Mehrausgaben ausgeführt habe, dann auch noch auf einige andere Haushaltspläne überzugehen, welche die Hauptbasis die Hauptschwerkraft in unserem Haushalte bilden, ohne jedoch, wie ich hier im voraus bemerken will, irgendwie Ersparnisse vorzuschlagen, — das geht ja auch im Plenum nicht — sondern wesentlich zu dem Zweck, um daran einige allgemeine wirtschaftliche Bemerkungen zu knüpfen, welche vielleicht hier und da ein Mißverständnis zu beseitigen oder irgend einen Gegensatz auszugleichen imstande sind.

Meine Herren! Derjenige Haushaltsplan, der am wirksamsten auf den ganzen Haushalt drückt, ist der Straßen-Haushaltsplan. Das Gesamterfordernis beträgt ungefähr 7 Millionen Mark, davon Zuschüsse aus Dotationen und Straßenrenten 2 600 000 Mark — ich nenne nur die runden Zahlen — aus Umlagen 3 200 000 Mark, aus der Anleihe 400 000 Mark, also im ganzen Zuschüsse: 6 273 000 Mark.

Nun, meine Herren, das liegt ja auf der Hand! Die materielle Straßenunterhaltung erfordert etwa 4 Millionen Mark; wenn die Not unerbittlich zwänge, würde man ja wohl ein paar Hunderttausend Mark davon abstreichen können. Aber das ist doch eine sehr gefährliche Prozedur. Die materielle Unterhaltung der Straßen hat in ihren Erfordernissen wenig geschwankt; der Bedarf ist jetzt so hoch, wie er vor 3 — 4 Jahren war, und daraus folgt, daß er — das ist ja auch bekannt — auf ganz bestimmten Anschlägen beruht, welche für die Unterhaltung der Straßen aufgestellt sind. Wir können ja, wie ich schon gesagt habe, hier einmal, wenn Not am Mann ist, ein paar Hunderttausend Mark streichen; dann werden unsere Straßen nicht zu Grunde gehen. Aber, meine Herren, die Erfahrung ist überall gemacht worden, daß eine unzeitige Ersparung, welche bei der Unterhaltung der Straßen vorgenommen wird, sich später bitter rächt und später mit doppeltem Schwergewicht auf den Haushaltsplan zurückfällt. Wenn wir in einem Jahre einmal einen Schaden nicht abstellen und eine Ausbesserung versäumen, dann liegt die Gefahr vor, daß nicht nur die ganze Decke, sondern auch die Packlage der Straße zu Grunde geht und daß wir im Jahre darauf doppelte und dreifache Kosten aufwenden müssen.

Also, meine Herren, beim Straßen-Haushaltsplan ist meines Erachtens daselbe Prinzip anzuwenden, das jeder Hausvater bei der Unterhaltung seines Hauses anwendet, daß er zur rechten Zeit die erforderlichen Reparaturarbeiten vornimmt, damit ihm in späterer Zeit nicht die Reparaturarbeiten über den Kopf wachsen.

Dann möchte ich auch hervorheben, was der Herr Landeshauptmann auch schon gesagt hat: Es ist unbedingt notwendig, darauf hinzuwirken, daß die Straßenverwaltung auch einen entsprechen-

den Reservefonds hat. Derselbe betrug anfangs der neunziger Jahre schon annähernd 1 Million. Er ist seitdem nach und nach aufgezehrt, und heute ist er verschwunden. Meine Herren! Eine derartige Verwaltung, welche jährlich zwischen 6 und 7 Millionen Mark beansprucht, welche außerdem so abhängig ist von der Witterung, von Überschwemmung, von Eisgang, von sonstigen klimatischen Einflüssen, wo es möglich ist, daß nach der Erfahrung in einem Jahre extraordinär 4 — 500 000 Mark bewilligt werden müssen, kann nicht richtig geführt werden ohne einen entsprechenden Reservefonds, und ich bin vollständig damit einverstanden, daß dieser Reservefonds auf 20 Prozent bemessen wird, und daß etwaige Ersparnisse der Straßenverwaltung nicht mehr dem allgemeinen Fonds zufließen, sondern wieder zur Ansammlung eines Reservefonds verwendet werden. (Sehr richtig.) Ich halte dies für durchaus notwendig und volkswirtschaftlich für durchaus richtig. Nun, meine Herren, in der Ausgabe für Straßenbauzwecke liegt diejenige Straßenrente inbegriffen, welche die Provinz an die Kommunen zu zahlen hat, welche die Unterhaltung der Straßen in eigene Verwaltung übernommen haben. Es sind nach dem Haushaltsplan 549 Kilometer Straßen an Gemeinden übergeben, und die Rente, welche wir dafür zu zahlen haben, beträgt ca. 518 000 Mark. Also bekommen die Städte pro Kilometer ungefähr eine Rente von 947 Mark. Nun ist es interessant, zu ermitteln, wie viel uns unsere eigenen Straßen kosten. Ich habe das aus dem letzten Verwaltungsbericht für 1903 ermittelt. Danach betragen die Unterhaltungskosten 4 764 000 Mark, die Kilometerzahl war 6 399. Es kommen also auf den Kilometer 744 Mark. Danach könnte es nun scheinen, als ob die Städte ein glänzendes Geschäft gemacht hätten (Heiterkeit), weil sie etwa 200 Mark über den Durchschnitt bekommen. Das ist aber doch nicht der Fall, meine Herren, (Zuruf: Im Gegenteil!) denn man muß bedenken, daß ja in den Städten der größte Verschleiß der Straßen ist, daß in den Städten der größte Verkehr stattfindet, so daß meiner Überzeugung nach die Städte geldlich ein schlechtes Geschäft machen. (Zuruf: So ist es richtig!) Man muß auch bedenken, daß im Verlaufe der Jahre nicht allein die Kosten der Materialien, sondern auch die Arbeitslöhne wachsen, daß der Verkehr gestiegen ist, (Zustimmung) und ich bin fest überzeugt, daß geldlich die Provinz ein gutes Geschäft gemacht hat. (Sehr richtig!)

Aber, meine Herren, man muß die Sache nicht allein vom geldlichen Standpunkte aus auffassen. Ich behaupte: wirtschaftlich genommen haben auch die Städte ein ganz gutes Geschäft gemacht, und zwar dadurch, daß sie jetzt Herr und Meister über die Straßen geworden sind. (Sehr richtig!) Ich erinnere mich noch der Zeit, als die Provinz die sämtlichen Straßen auch in den großen Städten wie Köln, Düsseldorf, zu verwalten hatte. Das war eine Schreibung, von der Sie heute keinen Begriff mehr haben. So wie ein Wasser- oder Gasrohr gelegt werden sollte, mußte um Erlaubnis geschrieben werden. Sie wurde erteilt. Dann kamen später Reklamationen, das Pflaster habe sich gesenkt und müsse wieder umgelegt werden usw. — kurz und gut das war eine Schreibung, welche nicht nur sehr viel Last und Arbeit verursachte, sondern auch sehr viel Ärger, und welche in der Tat drohte, das gute und freundschaftliche Verhältnis, welches zwischen der Provinzialverwaltung und den Verwaltungen der Städte bestanden hat und auch bestehen muß, ernstlich zu gefährden. Wir haben es daher mit Freuden begrüßt, daß zuerst die Stadt Köln sich erbötig zeigte, die Straßen in eigene Verwaltung zu nehmen, und nachdem einmal die Stadt Köln den Anfang gemacht hatte, kamen später alle anderen großen Städte; und jetzt sind die Städte Herr und Meister über die Straßen, und die Folge ist, daß sie nicht mehr mit der Provinz in Verhandlung zu treten brauchen, sondern tun und lassen können, was sie wollen. Das ist um so wichtiger, als ja auch die Straßen Träger großer industrieller Betriebe der Städte sind. Auf den Straßen rollen die Eisenbahnen, unter den Straßen ruhen die Spender

elektrischer Kraft, die Gas- und Wasserröhren; kurz und gut große industrielle Betriebe ruhen im Straßenkörper.

Meine Herren! Die Städte sind jetzt überhaupt viel freier gestellt. Wenn Sie jetzt einmal die Grafenbergerchauffee herunter spazieren, so werden Sie eine Prachtstraße finden, eine Prachtstraße, die eine rührige Stadtverwaltung geschaffen hat, in dem schönen Willenviertel und zur Verbindung der Stadt mit dem schönsten Erholungspark, den man sich denken kann — und mit vollem Recht. Meine Herren! Denken Sie sich, daß diese Straße in der Unterhaltung der Provinz geblieben wäre. Es ist ja eine Staatsstraße. Die Provinz würde gar nicht in der Lage gewesen sein, eine solche Luxusstraße zu schaffen. Die Provinz ist ja nur verpflichtet, eine Straße ordnungsmäßig so zu unterhalten, daß sie dem Verkehr genügt. Die Provinz wird sich nie beikommen lassen, irgendwie auf allgemeine Kosten eine Prachtstraße zu bauen. Das hat sie nicht getan und das darf sie nicht tun.

Also, meine Herren, ich komme schließlich zu dem Resultat, daß dieser Gedanke, wie er später allgemein ausgeführt worden ist, der Übergang der Straßen an die Städte in eigene Verwaltung gegen eine Rente wenn auch geldlich vielleicht zum Nachteil der Städte doch wirtschaftlich zu ihrem großen Vorteil ausgefallen ist. (Sehr richtig!)

Meine Herren! Dazu kommt noch, daß die Städte sich ja auch dadurch schadlos halten können, daß sie für die Unterhaltung der Straßen — was sie ja auch tun — bei Neubauten ortsstatutarisch Beiträge erheben, also gewissermaßen eine doppelte Rente bekommen.

Meine Herren! In der großen Summe für Straßenzwecke sind auch einbegriffen — worauf auch schon hingewiesen worden ist — 350 000 Mark zur Unterstützung des Kreis- und Kommunal-Wegebauwes. Diese Summe ist ja sehr hoch. Der Landtag von 1891 hat die Position, die vorher 250 000 Mark betrug, mit einem Schläge auf 350 000 Mark erhöht. Ich habe damals dagegen gestimmt, und die Erhöhung ist damals auch nur mit einer geringen Majorität angenommen worden. Aber, meine Herren, ich sage, ein anderes ist es, gegen eine Erhöhung zu stimmen, und ein anderes, eine einmal seit langen Jahren eingeführte Erhöhung zu beseitigen. Meine Herren! Ich würde jetzt nicht die Hand dazu bieten können, auf eine Verkürzung dieser Summe hinzuwirken. Es ist und bleibt doch wahr, was ein preußischer Staatsmann gesagt hat, daß man eine gute Verwaltung erkennt an dem Zustande der Wege und Straßen. Das bezieht sich grade auf die Straßen, welche durch diesen Fonds unterstützt werden, die Straßen in gebirgigen und ärmeren Teilen der Rheinprovinz, wo man keine Eisenbahnen, keine Wasserläufe zur Bewegung der Güter zur Verfügung hat, sondern wo die alten, uralten Landstraßen allein das Verkehrsmittel sind.

Meine Herren! Es wird dadurch ein unglaublicher Segen gestiftet. Wenn Sie im Haushaltsplan nachsehen, wie zahlreich die Anträge sind, welche jedes Jahr zu dem Zwecke an uns gestellt werden, und ein wie großer Prozentsatz dieser Anträge unberücksichtigt bleiben muß, und wenn Sie ferner bedenken, daß jetzt schon 12, 15 Jahre diese hohe Summe besteht, und daß die Kreise, die Gemeinden sich darauf eingerichtet haben, wenn Sie bedenken, daß der Fonds zum Teil mit Bewilligungen belastet ist, so würde es nach meiner Auffassung durchaus ungerecht sein, hier an dieser Position von 350 000 Mark rütteln zu wollen — und das sage ich, ob schon ich damals dagegen gestimmt habe. (Zustimmung und Beifall.)

Meine Herren! Ich will hiermit die Straßenverwaltung verlassen und noch einiges über den Haushaltsplan der landwirtschaftlichen Verwaltung äußern. Er ist ja äußerlich betrachtet sehr hoch. Der Zuschuß beträgt 386 860 Mark. Dazu kommen: Der Zinsgewinn des Meliorationsfonds mit 52 000 Mark, aus dem Gewinn der Landesbank 303 000 Mark. Im ganzen erfordert

der landwirtschaftliche Haushaltsplan — das finden Sie im Haupt-Haushaltsplan bei den betreffenden Positionen nachgewiesen — Zuschüsse von 742 256 Mark.

Nun, meine Herren, wir wissen ja alle, daß die Landwirtschaft sehr harte und schwere Zeiten durchgemacht hat, daß sie wirklich notleidend gewesen ist, und aus diesem Grunde hat ja auch der Provinziallandtag in richtiger Erfassung der Zeitverhältnisse stets mit reicher Hand für landwirtschaftliche Zwecke gespendet. Wir wollen hoffen, daß nachdem im nächsten Jahre die neuen Handelsverträge in Kraft getreten sein werden, die landwirtschaftliche Lage sich allmählig bessern wird. Aber darauf will ich doch aufmerksam machen — und das unterscheidet gerade die Landwirtschaft von der Industrie — die Landwirtschaft kann sich nicht von einer schlechten Periode so rasch erholen wie ein industrieller Betrieb. Auch in der besten Zeit, in den günstigsten Jahren ist die Rente der Landwirtschaft eine mäßige. Die Landwirtschaft kann sich in schlechten Jahren nicht einschränken, sie kann sich in guten Jahren nicht ausdehnen, sie ist immer an die Scholle gebunden. Wie anders steht da der industrielle Betrieb! Er kann sich in schlechten Jahren einschränken, er kann sich in guten Jahren ausdehnen; in einigen guten Jahren kann eine ungünstige Periode überwunden werden. Er ist beweglicher und ist daher in dieser Beziehung weit, weit besser gestellt als die landwirtschaftlichen Betriebe.

Nun, meine Herren, wenn Sie die einzelnen Posten näher betrachten, welche aus diesem Fonds bezahlt werden, dann werden Sie doch mit mir in Übereinstimmung sein, daß hier gewiß nicht zu viel gegeben ist, daß wir unmöglich hier irgend welche Beträge streichen können. Zunächst wird für Schulzwecke gegeben inkl. Wein- und Obstbauschulen 209—210 000 Mark. Ja, meine Herren, ich glaube bei der jetzt so schweren Konkurrenz des Auslandes ist es für unsere Landwirtschaft das Beste, was wir tun können, die Schulen nicht nur zu erhalten, sondern noch zu vermehren (sehr richtig!) und unsere landwirtschaftliche Jugend mit den Ergebnissen der wissenschaftlichen Forschung auf chemischem, ökonomischem Gebiet bekannt zu machen, (sehr richtig!) das ist das beste Mittel, um den Bauernstand widerstandsfähig zu machen, ihn in die Lage zu setzen, eine sachgemäße intensive Bewirtschaftung vorzunehmen. (Sehr richtig!) Wir müssen dem landwirtschaftlichen Verein dankbar sein, daß er es gewesen ist, welcher seiner Zeit diese große Anzahl von Winterschulen gestiftet und uns übergeben hat, und nachdem diese Winterschulen in das Ressort der Provinzialverwaltung übergegangen sind, glaube ich, wäre es ein Verbrechen, wenn man daran rütteln wollte. Ich erinnere mich noch sehr gut der Zeit, wo ich mit dem leider jetzt verstorbenen Präsidenten von Bemberg-Flamersheim Revisionen dieser Schulen vornahm, und kann Ihnen sagen, daß ich erst aunt gewesen bin über die großen Fortschritte, welche die Schüler gemacht hatten, über die Kenntnisse, welche dieselben in chemischer und wirtschaftlicher Beziehung sich erworben haben.

Das ist der Weg, meine Herren, auf welchem unsere Landwirtschaft vorwärts schreiten muß, und nichts würde mich mehr freuen, als wenn wir in jedem Jahre eine neue Winterschule bekämen. (Zustimmung.)

Meine Herren! Ein zweiter Punkt ist der Beitrag zum Westfonds. Das sind allein 320 000 Mark. Dieser Fonds wird aber gegeben als Bedingung für einen gleich hohen Zuschuß des Staates. Allein dadurch, daß wir die 320 000 Mark gaben, werden im ganzen 640 000 Mark für die Provinz flüssig gemacht. Es wäre ja wahnsinnig, daran kürzen zu wollen, weil ja diesem Zuschuß der Provinz ein gleich hoher Zuschuß des Staates gegenübersteht.

Dann kommt der Zinsgewinn aus dem Meliorationsfonds. Der Meliorationsfonds ist gerade für landwirtschaftliche Zwecke, zur Beförderung der landwirtschaftlichen Meliorationen bestimmt.

Allerdings formell ist der Provinziallandtag berechtigt, über die Zinsen dieses Fonds frei zu verfügen, der Zinsgewinn steht nach dem Statut zur Verfügung des Provinziallandtags. Aber, meine Herren, ich meine, durch den ganzen Charakter und durch den ganzen Zweck des Meliorationsfonds ist doch auch für die Verfügung über Zinsgewinne schon eine gewisse Direktive gegeben, nur da scheint es durchaus korrekt, diese Zinsgewinne zur Beförderung landwirtschaftlicher Zwecke in den landwirtschaftlichen Haushaltsplan einzusetzen. (Sehr richtig!) Wenn ich diese Summen zusammen rechne, bekomme ich ungefähr 600 000 Mark. Damit ist der Zuschuß zu den landwirtschaftlichen Zwecken schon beinahe erschöpft.

Nun, meine Herren, will ich auf einen andern Fonds noch zu sprechen kommen, auf den Fonds für gewerbliche Anlagen. Er beträgt 134 000 Mark, also verhältnismäßig wenig, ganz bedeutend weniger als der landwirtschaftliche Fonds, und da liegt es wohl nahe, nach Gründen zu forschen, warum dieser Fonds im Verhältnis zum landwirtschaftlichen so geringfügig ist. Diese Gründe sind doppelter Art. Sie liegen zunächst in der Sache, weil die Industrie sich selbst besser helfen kann als die Landwirtschaft und weil die Industrie nicht eine so langwierige und andauernde Periode des Notstands durchgemacht hat wie die Landwirtschaft. Das ist offenbar. (Sehr richtig.) Ich habe vorhin auch schon nachgewiesen, in welcher Weise die Industrie besser steht als die Landwirtschaft. Dann aber, meine Herren, kommt noch ein gesetzlicher Grund hinzu. Im Dotationsgesetz von 1875, worauf ja bis zum Jahre 1887, dem Jahre der Einführung der Provinzialordnung, unsere ganze Verwaltung beruhte, finden Sie die Pflicht des Provinzialverbandes ausgesprochen, für landwirtschaftliche Angelegenheiten zu sorgen. Sie finden auch die Pflicht ausgesprochen, für Kunst und Wissenschaft zu sorgen, für Landesmeliorationen, Anstalten aller Art usw. Aber, meine Herren, von einer Sorge für gewerbliche oder Industriezwecke steht kein Wort drin. Der Provinzialverband hatte also vor Erlaß der Provinzialordnung nicht das Recht, für industrielle Zwecke aus den Dotationsrenten und aus den Umlagen etwas zu geben. Dagegen stand ihm allerdings der Zinsgewinn der Provinzialhilfskasse zur Verfügung. Darin war er unbeschränkt, und daher mußte in früheren Zeiten alles, was für gewerbliche Zwecke gegeben wurde, nur aus dem so wie so überlasteten Zinsgewinn der Provinzialhilfskasse genommen werden. In den letzten Jahren ist dieser Zuschuß ganz außerordentlich gewachsen. In früheren Jahren, noch Ende der achtziger Jahre bezog sich der Fonds für gewerbliche Zwecke nur auf die Gebirgsgegenden der Rheinprovinz! Es war eine Art Notstandsfonds. Man wollte den armen Bauern im Gebirge die Gelegenheit zur Stuhlflechterei oder auch zu anderen ähnlichen gewerblichen Betrieben geben, wollte ihnen Gelegenheit geben, ihre ökonomische Lage durch gewerbliche Nebenbeschäftigung zu verbessern. Das war der Anfang dieses Fonds für gewerbliche Zwecke. Im Jahre 1890/91 betrug er schon 38 000 Mark, und seit der Zeit ist er jedes Jahr gestiegen und beträgt jetzt 134 000 Mark, also 300 % desjenigen Betrages, den er vor 12 Jahren ausgemacht hat. (Hört, hört.)

Meine Herren! Ich komme nun noch zum letzten Haushaltsplan. Ich will doch auch im Anschluß an die schönen Worte, die der Herr Landeshauptmann gesprochen hat, einige Worte dazu sagen. Es ist das Stiefkind unserer Verwaltung, der Haushaltsposten für Kunst und Wissenschaft. (Sehr richtig!) Meine Herren! Für Kunst und Wissenschaft stehen im ganzen inkl. der Verwaltung der zwei großen bedeutenden Provinzialmuseen 56 000 Mark im Haushaltsplan. (Hört, hört.) Und nun in diesem Jahre haben wir aus dem Ständefonds nur mehr 30 000 Mark zur Verfügung. Meine Herren! Da muß ich denn doch darauf hinweisen: unser rheinischer Landtag hat es stets als *nobile officium* betrachtet, grade für Kunst und Wissenschaft eine freigebige Hand zu haben. Es war ihm in früheren Jahren und auch jetzt keine größere Freude, als aus den

Überschüssen des Ständefonds nach allen Seiten der Rheinprovinz mit freigebiger Hand beizutragen zur Erhaltung der schönen Denkmäler, soweit dies notwendig war. Es gibt kaum eine Provinz im preußischen Staate, wo ein so reges wissenschaftliches Leben auf dem Gebiete lokalhistorischer Forschung herrscht wie in der Rheinprovinz. Ganz sicher gibt es keine Provinz im ganzen Staate, wo so viele Denkmäler, alte Burgen, schöne Kirchen, Perlen der gothischen und romanischen Baukunst liegen, als wie in der Rheinprovinz, in den Tälern des Rheines, auf den Höhen der Mosel. Meine Herren! Wenn für diese Denkmäler, die uns eine altherwürdige Zeit übermacht hat, keine Bauverpflichteten vorhanden sind, oder wenn solche Bauverpflichtete leistungsunfähig werden und nicht imstande sind, die Denkmäler zu unterhalten, hat es stets der Provinziallandtag von den ältesten ständischen Landtagen her bis heute als eine heilige Pflicht, als ein nobile officium gehalten, dafür zu sorgen, daß diese Zeugen einer ehrwürdigen Vergangenheit der Nachwelt intakt erhalten blieben. Meine Herren! Ich vertraue, daß der Provinziallandtag sich stets an dieses nobile officium erinnern wird, und ich schließe mit dem Wunsche, daß, wenn wir einmal wieder in bessere Zeiten kommen, wenn wir einmal wieder etwas Geldüberfluß haben, wir dann den Haushaltsplan für Kunst und Wissenschaft etwas besser dotieren, als es heute der Fall ist. (Lebhafte Zustimmung, Beifall.) Ich schließe mit dem Wunsche, daß der Provinzialausschuß und der Herr Landeshauptmann dafür sorgen und dahin wirken mögen, daß dem Provinziallandtage in den nächsten Jahren nicht wieder eine so kleine Summe zur freien Verfügung aus dem Ständefonds überlassen wird, wie es in diesem Jahre ja leider geschehen mußte. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Becker: Es hat sich niemand weiter zum Wort gemeldet. — Es meldet sich auch jetzt niemand. Dann kann ich die allgemeine Verhandlung schließen.

Meine Herren! Damit sind wir am Ende dieses Beratungsgegenstandes, den wir wie in früheren Jahren wohl der I. Fachkommission zur Vorprüfung überweisen. — Auch gegen diesen Vorschlag wird kein Bedenken laut. Dann stelle ich fest, daß Sie damit einverstanden sind.

Damit ist dieser Gegenstand erledigt.

Der nächste Gegenstand ist:

Bericht des Provinzialausschusses, betreffend den Vermögensstand des Rheinischen Provinzialverbandes.

Ich glaube, den hat der Herr Landeshauptmann schon in seinen einleitenden Worten mit erledigt, wenigstens soweit es sich um seine Ausführungen handelt. Er bestätigt das. Wünscht sonst jemand aus dem Hause zu diesem Gegenstand das Wort? — Das ist nicht der Fall. —

Dann darf ich auch hier die Verhandlung schließen und feststellen, daß in gleicher Weise auch dieser Bericht an die I. Fachkommission geht.

Meine Herren! Dann kommen wir zum letzten Gegenstand unserer Tagesordnung:

Entscheidung über die geschäftliche Behandlung der eingegangenen Vorlagen.

Über die vom Provinzialausschuß gemachten Vorlagen liegt Ihnen ein Verzeichnis in der Druckfachen. Nr. 31 vor. Bei jeder dieser Vorlagen ist angegeben, welcher Kommission sie zur Vorberatung zu überweisen sein wird. Ich schlage Ihnen vor, die Überweisung sämtlicher Vorlagen wie angegeben mit Ausnahme des Geschäftsberichtes, welchen Sie eben durch Kenntnisnahme erledigt haben, an die in dem Verzeichnis angegebenen Fachkommissionen auszusprechen, die Vorlage unter laufender Nummer 18 des Verzeichnisses, Druckfachen. No. 10, betreffend die Änderung der Geschäftsordnung des Provinziallandtages, dagegen an die Geschäftsordnungs-Kommission zu überweisen. (Zustimmung.)

Wünscht jemand zu diesen Vorschlägen das Wort? — Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich die Verhandlung und stelle Ihr Einverständnis fest.

Außer diesen Vorlagen ist nachträglich noch ein Bericht und Antrag des Provinzialausschusses eingegangen, betreffend den Antrag der Gemeinde Monheim auf Ersetzung von Straßenbaukosten, die ihr aus dem Betrieb einer gleislosen elektrischen Straßenbahn erwachsen, aus dem Eisenbahnfonds — Drucksachen. Nr. 33.

Ich schlage Ihnen vor, diese Vorlage an die III. Fachkommission zu überweisen. (Zustimmung.)

Auch hier meldet sich niemand zum Wort, es wird auch kein Bedenken laut.

Dann schließe ich die Verhandlung und darf auch hier Ihr Einverständnis feststellen.

Aus dem an Sie verteilten Verzeichnis der Petitionen, Drucksachen. Nr. 32, haben Sie ersehen, daß 6 Petitionen an den Provinziallandtag eingegangen sind. Diese Petitionen werden nach dem Vorschlag im Verzeichnisse an die I. und IV. Fachkommission zu überweisen sein.

Auch hiergegen wird kein Bedenken laut, es meldet sich auch niemand zum Wort. Dann darf ich auch hier Ihr Einverständnis feststellen.

Ferner ist eingegangen eine Petition des früheren Straßenaufsehers Weber um Aufhebung der Kündigung des Dienstverhältnisses und Wiederanstellung in dem Straßenaufsichtsdienst. Diese Petition beschäftigte schon den vorigen Landtag und ist in der Sitzung vom 9. März 1904 nach dem Antrag der I. Fachkommission abgelehnt worden. Die jetzige Petition dürfte daher der I. Fachkommission wiederum zu überweisen sein.

Auch mit diesem Vorschlage scheint, da niemand das Wort ergreift, das hohe Haus einverstanden zu sein. Ich stelle das fest.

Meine Herren! Damit sind wir am Ende unserer heutigen Tagesordnung.

Die nächste Sitzung wird erst am Mittwoch stattfinden.

Sie haben mich ja ermächtigt, Zeitpunkt und Tagesordnung festzustellen, und ich hoffe, daß unsere Kommissionen den morgigen Tag und den Mittwoch Morgen reichlich benutzen und wir eine recht ergiebige Tagesordnung bekommen.

(Abgeordneter Freiherr von Solmacher-Antweiler: Nicht vor 11 Uhr!)

Nein, meine Herren, in anderen Jahren haben wir sogar erst um 12 Uhr angefangen. Ich müßte das abhängig sein lassen von dem Umfange des Materials, welches aus den Kommissionen zur Beratung im Hause reif wird.

Sonst meldet sich niemand zum Wort.

Dann schließe ich unsere Sitzung.

(Schluß der Sitzung 2⁰/₄ Uhr.)